

# ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

## Über Hymnen

Alexander Alexandrows Melodie wurde 1944 geschrieben. Ich hörte sie am Tag der Befreiung Berlins durch die Rote Armee auf dem Londoner Trafalgar-Platz. Die Menschen - Engländer, Franzosen, Amerikaner und einige antifaschistische Deutsche - vernahmen sie wie gebannt und gedachten jenes Staates, der seine Soldaten in den Kampf führte, bis Hitler in seinem Reichskanzleibunker schäbig zugrunde ging, Europa vom Faschismus befreit war und auf dem Reichstag die Rote Fahne wehte. Unlöslich ist Alexandrows Hymne mit dem Opfertod von Millionen und Abermillionen Rotarmisten verbunden.

Nun ertönt diese Melodie wieder zu Ehren der sowjetischen Gefallenen und all der anderen kriegstoten Bürger der UdSSR. Die Duma beschloß zugleich, daß Rußlands Soldaten wie früher unter der Roten Fahne marschieren. Der neue Text besingt das „geliebte Land“, dessen „Felder und Wälder von Gott geschützt“ werden und dessen Menschen sich zu einem „ewigen Bund von Brudervölkern vereint“ haben. Die Hymne lobt „unser freies Vaterland“ und die Landschaften „zwischen Polarregion und den Seen des Südens“. „Treue zu unserem Land gibt uns Stärke. So war es, so ist es und so wird es immer bleiben!“ Der religiöse Verweis ist mehr allgemein auf Gott als auf die russisch-orthodoxe Kirche fixiert. Den neuen Text - wiederum vom Dichter Sergej Michalkow - bezeichnete Kulturminister Michail Schwidkoi als „poetisch passend und politisch korrekt“. Die Wiedereinführung der Hymne ist ein höchst politischer Beschluß. Mehr als zwei Drittel der Duma-Abgeordneten stimmten ihm zu. 73,5 % der vom ROMIR-Gallup-Institut Befragten hatten zuvor erklärt, sie beklagten den Zerfall der UdSSR, 61,2 % wünschten sich „alte Zeiten“ zurück. Der Beschluß ist auch ein überlegenes JA zu Putins Erklärung, Rußland müsse sich auf die Traditionen des Großen Vaterländischen Krieges berufen. Michalkows Hymnentext ruft zum Zusammenhalt der Völker Rußlands und zur Bewahrung der territorialen Einheit auf.

Natürlich gibt es Opposition im Innern. Typen wie Jelzin lehnen Hymne und Rote Fahne ab, zu denen übrigens der Zarenadler als Wappen und die blau-weiß-rote Staatsfahne hinzukommen. Ein Kompromiß.

Im kapitalistischen Ausland herrschen Ignoranz, Ratlosigkeit und Wut. So hat man sich dieses „neue“ Rußland nicht gedacht: „Eine

Hymne, unter der Stalin seine Verbrechen beging“, jaulen vor allem bestimmte Deutsche. Sie - von kurzem Gedächtnis befallen - stimmen ein gewisses „Deutschland-Lied“ an, unter dessen Klängen und Text „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ (also von Belgien bis Litauen, von Italien bis Dänemark) alles deutsch sein sollte. Mit dieser deutschen Hymne siegte die Konterrevolution in Weimar, wurde ein zweiter Weltkrieg vom Zaun gebrochen, in dessen Verlauf die Faschisten Terror ohnegleichen entfesselten, Massenmord an Antifaschisten, Kriegsgefangenen, Juden, Sinti, Roma, „Lebensunwerten“ begingen. Wer denkt daran, wenn die Melodie ertönt, die das umschloß: „Deutschland über alles“? Die Wehrmachtsausstellung wurde auf Jahre hinausgemobbt, die verantwortlichen Generale reingewaschen und wiederverwendet. War es nicht gerade die Wehrmacht, die all dem den Weg bahnte, den Räubern, Plünderern, Brandstiftern, Mördern?

Die Moskauer Aktion und die Reaktion in Berlin, Bonn, Hamburg, München und wo noch „Wir sind wieder wer!“ gebrüllt oder auch nur gedacht wird, spiegeln trefflich die Verlogenheit jener Totalitarismusdoktrin wider, die allemal aus den Mäulern von Politikern und Journalisten ertönt; Rot sei gleich Braun, aber die Wehrmacht natürlich sauberer als die Rote Armee ... Frage: Was hatte die Wehrmacht vor den Toren Lenigrads und Moskaus zu suchen und an den Wolgaufem bei Stalingrad? Welche Moral erfüllte dagegen die Rote Armee mit ihrem opferreichen Sieg über den deutschen Faschismus und dem Hissen der Roten Fahne auf dem Reichstag? Das mögen solchen nicht, die ihren verbrecherischen Krieg nun nachträglich mit Mark, Euro, Dollar und Bundeswehrmacht gewinnen wollen. Nicht nur an ihren Taten und Worten kann man sie erkennen - auch an dem, was sie nicht wahrhaben wollen und verschweigen möchten. Der Duma-Beschluß über die Wiedereinführung von Hymne und Roter Fahne mobilisiert mit seinem antifaschistischen Charakter nicht nur die Bürger Rußlands, der Zerstückelung ihres Vaterlandes Widerstand zu leisten, sondern schlägt auch eine Brücke zu den Völkern, die Lehren und Erfahrungen der Geschichte begreifen und nach ihnen zu handeln suchen.

Karl-Eduard von Schnitzler



Über Hymnen	S. 1
Eine unverzichtbare Zeitschrift	S. 2
Wessen sollen wir uns rühmen, wenn nicht der DDR?	S. 3
Brief aus Kiel	S. 4
Ein Palast von Volkshauscharakter	S. 5
Kolonialismus besonderen Typs	S. 6
Wie steht es um die ostdeutschen Bauern?	S. 7
Die Klassiker zum Kolonialismus	S. 8
Was sie wirklich wollen	S. 9
Ins Gegenteil verkehrt	S. 10
Auf dem Weg nach Bad Godesberg	S. 10
Sozialdemokratisierung - „unhaltbarer Vorwurf“?	S. 11
Chinas Kommunisten verteidigen Leninismus	S. 12
Klarer Kurs der KKE	S. 13
Cunhalisten behielten Oberhand	S. 14
Niederlage für Ottawa	S. 14
Baier-Flügel in Nöten	S. 15
Botschafter der Liebe	S. 15
Thorez-Erben setzen sich zur Wehr	S. 16
Ein Herz für Clabecq	S. 16
Schluß mit dem Terror!	S. 17
Gründe der neuen Intifada	S. 17
Angriff auf den Marxismus	S. 18
Über falsche Skins und echte Faschos	S. 19
Protest aus Valencia	S. 19
Am Rande bemerkt	S. 20
Leserbriefe	S. 20

Vor Drei Jahren wurde der „RotFuchs“ geboren

## Eine unverzichtbare Zeitschrift

Als wir im Februar 1998 die erste Nummer des „RotFuchs“ herausbrachten, setzten wir uns zum Ziel, vor allem über unsere Gruppe, deren Umfeld und Aktivitäten zu berichten, neue Freunde für die DKP zu gewinnen und uns zu Themen von allgemeinem Interesse zu äußern. Immerhin besitzen in der DKP betriebliche und territoriale Gruppenzeitungen bereits eine lange und gute Tradition. Sehr schnell wuchs das Interesse am RF, der zunächst eine Kleinzeitung war (am Anfang erschien er mit monatlich 8 Seiten). Sicherlich hing sein Erfolg auch damit zusammen, daß wir es wagten, über den politischen Tellerrand unseres Reviers hinausblicken. Leser bestätigten, daß wir mit der gezielten Verbreitung marxistisch-leninistischer Ideologie eine bis dahin kaum besetzte Position im Spektrum der linken Publikationen Deutschlands einzunehmen begannen. Im Osten fanden unsere Beiträge über die Diskriminierung früherer DDR-Bürger besonderen Anklang. Wir trafen den Nerv bei vielen Menschen, über die 1990 die Annexion ihres Landes und die Schmähung ihrer Biografien hereingebrochen war.

Entgegen manchmal gehörten Behauptungen, der „RotFuchs“ blockiere den Zugang zur DKP, hat die Zeitung in Wirklichkeit auch dazu beigetragen, daß nicht wenige Kommunisten den Weg in die Reihen unserer Partei gefunden haben. Das trifft keineswegs nur auf unsere Gruppe zu.

Die Zeitung wurde in zunehmendem Maße zum Forum für den Austausch kommunistisch-sozialistischer Gedanken, ein Periodikum zur Erörterung theoretischer und praktischer Fragen. In den Spalten des RF wurde über programmatische Themen debattiert, erfolgte die Diskussion über die umstrittenen „Sozialismus-Vorstellungen der DKP“, wurde der Gedankenaustausch zum Angebot der Gruppe Nordost, „11 Forderungen“ zur Wiederherstellung der Lebensgrundlagen und der Würde der Ostdeutschen eröffnet.

Nicht wenige Artikel des RF haben DKP-Gruppen und Basisorganisationen der PDS nach Berichten von Lesern bei der Gewinnung von Standpunkten geholfen.

Einen hohen Stellenwert besitzen bei uns die Veröffentlichungen zu internationalen Fragen, zum antiimperialistischen Kampf und zur Tätigkeit anderer kommunistischer Parteien, die von unseren in- und ausländischen Autoren publiziert werden.

Heute können wir folgende erste Bilanz ziehen: In drei Jahren des Bestehens der Monatszeitschrift hat sich die Leserzahl von 120 auf weit über 5 000 erhöht. Rund 400 ständige Abonnenten haben wir allein in Berlin. Starke Resonanz erfährt der „RotFuchs“ in allen „neuen Ländern“. Etwa 30 % der Auflage erreichen Interessenten in Westdeutschland, was uns immer wieder durch Zuschriften aus Hamburg, Düsseldorf, München, Nürnberg, Frankfurt/M, Dortmund und Fulda, aber auch aus Bad Homburg, Bremen, Nordhorn, Trier, Pforz-

heim, Bonn, Mainz, Saarbrücken, Recklinghausen und Essen sowie weiteren Städten und Orten der alten BRD bestätigt wird. Besonders nach Veröffentlichung der „11 Forderungen“ haben sich ganze DKP-Gruppen - vor allem aus dem Osten - mit Leserbriefen an uns gewandt. Sie bekundeten fast durchweg Zustimmung und übermittelten viele ergänzende Vorschläge. In einer Reihe von Städten machten DKP-Mitglieder die Titelseite der „RotFuchs“-Ausgabe Nr. 34 sogar zum Flugblatt.

Die versandten Exemplare unseres inzwischen unverzichtbar gewordenen überregionalen Journals erreichen zahlreiche Multiplikatoren, die den „RotFuchs“ an Ort und Stelle vervielfältigen und selbständig die Weitergabe der Kopien besorgen. Zu ihnen zählt auch unser Autor Norbert Pauligk aus Schwerin, der regelmäßig 50 Exemplare herstellt und auf den Weg bringt. Seit längerem steht der „RotFuchs“ mit eigener Webseite im Internet, wo ihn bereits eine große Zahl von Lesern ausgemacht hat. Bis jetzt haben wir über 120 CD-ROM vom „RotFuchs“ hergestellt, die gegen eine Spende den Besitzer wechselten. Alle bisherigen Ausgaben sind dort nachzulesen. Zugleich wird unser Blatt so die Zeit überdauern und zu einem authentischen Stück Geschichte kommunistischer Publikationstätigkeit werden.

Unser begehrtes Periodikum beziehen interessierte Einzelpersonen sowie Redaktionen in 23 Ländern der Welt - von Australien über Chile, Kanada, Großbritannien, Belgien, Frankreich, Schweden, Österreich, Griechenland und Holland bis zur Ukraine, Rußland, Polen, Tschechien, Portugal und Ungarn. Zur Bilanz der Zeitung gehört auch die internationale Imperialismus-Konferenz der Redaktionen „offensiv“ und „RotFuchs“ im Oktober 2000, die zu einem großen Erfolg wurde. Bereits 1999 hatten wir uns an der „offensiv“-Konferenz „über das revolutionäre Erbe der DDR“ beteiligt.

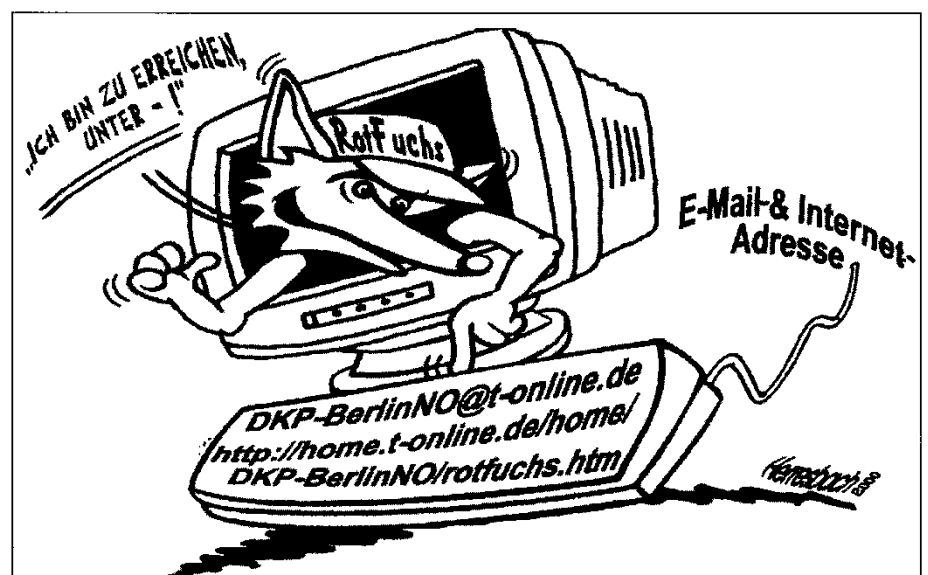
Der „RotFuchs“ ist wohl die einzige deut-

sche Zeitschrift mit einem intakten Netz von Arbeiter- und Volkskorrespondenten. Die progressiven Erfahrungen aus den besten Zeiten der DDR-Pressearbeit möchten wir als Tradition weiterführen. Täglich erreichen uns Zuschriften aus vielen Regionen der BRD. Wir stehen in engem Kontakt mit Beziehern aus DKP, KPD, PDS, anderen linken Organisationen, Jugend- und Studentengruppen, Gewerkschaften und Vereinen. Von den eingegangenen Leserbriefen haben wir in 36 Ausgaben weit über 900 veröffentlicht. Rund ein Viertel kam aus dem Westen. Nicht selten erreichte uns Post aus den Justizvollzugsanstalten Moabit, Plötzensee, Hakenfelde, Düppel, Saarbrücken, Chemnitz und Brandenburg, wo verurteilte DDR-Bürger und Kundschafter inhaftiert waren oder sind. Für sie erwies sich der „RotFuchs“ als Aktivposten der Solidarität und ein Fenster nach „draußen“. Zu jeder Zeit besitzt die feste Verbundenheit mit unseren politischen Gefangenen für das RF-Kollektiv einen hohen Stellenwert.

Anlässlich seines dritten Jahrestages erscheint der „RotFuchs“ - vorerst ausnahmsweise - mit einem roten Titel. Damit möchten wir unseren Freunden ein herzliches Dankeschön sagen für ihre stete ideelle und nicht zuletzt auch materielle Unterstützung. Wir besitzen kein anderes finanzielles Hinterland als die Spenden unserer Leser. Bisher deckten sich Einnahmen und Ausgaben - trotz mancher Zitterpartie. Wir rechnen fest damit, daß uns die Gunst unserer vielen Verbündeten im Lande auch weiterhin erhalten bleibt.

Es versteht sich fast von selbst, daß wir am Schluß all jenen danken, die auf mannigfache Weise zum Erfolg dieser Zeitung beigetragen haben. Die „RotFuchs“-Redaktion versichert allen Lesern, auch künftig unseren kommunistischen Idealen treu zu bleiben und die Sache des Marxismus-Leninismus - manchen Widrigkeiten zum Trotz - konsequent zu verteidigen.

Kurt Andrá



**Peter Hacks zum Diskussionsangebot aus Berlin Nordost**

**„Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR?“**

28. 12. 2000 ... Ich hatte die „11 Forderungen“ für richtig, aber nicht besonders wichtig angesehen; sie schienen mir fast ein bisschen bieder. Inzwischen bemerke ich, dass diese Thesen Ihre Weise waren, meinem Nachdenken über ein propagandistisches Feld, das nicht längst dem Imperialismus gehört, zuvorzukommen. Aber wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR? Die Klarheit eines Glases klaren Wassers, sagt Goethe, braucht man nicht zu beweisen, man hält es nur einfach hin. Also habe ich angefangen, die „Forderungen“ ernst zu nehmen. Ich habe zur Gegenprobe eine eigene Liste der Hauptvorzüge unseres Vaterlandes aufgestellt und danach mit denselben verglichen, und ich fand meine Liste vollinhaltlich in Ihrer berücksichtigt. (Sie erwähnen nicht die Frage der Monopole und nicht die Frage der Macht. Beide Fragen sind verfrüht, und es ist richtig, sie unerwähnt zu lassen.) Ich habe hier nicht mehr zu tun, als Ihnen Ihre alte Liste wiederzuschicken, mit meinem Senf dazu, inhaltlichen Beiträgen, Vorschlägen, Zusätzen, wie sie mir beim Lesen eingefallen sind. Alles ganz kunstlos, will sagen: vorbehaltlich der Schlussredaktion.  
„11“ ist eine ganz ausgezeichnete Zahl. Ich habe Sorge, dass sie sich nicht wird halten lassen.  
Herzlich und wie immer,

Ihr Peter Hacks

**Anmerkungen zu „11 Forderungen“**

**Präambel**

„Geschmähte Kultur“ ändern in: „verleumdete Kultur“

1

Ein Donner für den Anfang, und eben auch ein Theaterdonner. Ich schlage vor zu kürzen: „Verbot von Kriegs- und Nazi-propaganda. Konsequente Wiedereinführung ... Universitäten“.

2

Statt „Gleichstellung jetzt“: „Recht auf Arbeit statt Recht auf Sozialalmsen“

3

Zweiter Abschnitt läßt sich streichen.

3a (neu)

„Ende der Bedrohung der Umwelt durch Zersiedelung mit überflüssigen Gewerben. Wiederherstellung der Ökologie als öffentliche Aufgabe, nicht als privates Geschäft“

3b (neu)

„Nachzahlung der bei der ‚Währungsreform‘ enteigneten 50% der Geldvermögen. Rückerstattung der enteigneten Vermö-

gen der demokratischen Parteien“

4

Soll bleiben

5

Zusatz: „Keine Steuervorteile für nicht-arbeitende Hausfrauen“

6

Soll bleiben

7

Soll bleiben

8

Böte eventuell noch Platz für Kritik des Beamtenunwesens.

9

Kürzen: „Ungehinderte Verbreitung der humanistischen und realistischen DDR-Literatur und -Kunst. Schluß mit der Zerschlagung der kulturellen Einrichtungen“

9a (neu)

„Freiheit der Medien für Kunst und Philosophie der Aufklärung und des Sozialismus“

9b (neu)

„Unfreiheit der Medien für Unmenschlichkeit, Verbrechen, Aberglauben“

9c (neu)

„Wiedereinrichtung des DDR-Sportwesens“

10

Mir würde ein Satz genügen: „Rechtssicherheit für Kommunisten“.

11

Vielleicht so: „Wiederherstellung des Volkseigentums. Rücknahme zerstörerischer Privatisierungen und Überführung von Spekulationsgewinnen in Kommunal-, Länder- oder Bundeseigentum.“

**Aus Briefen von Peter Hacks an Klaus Steiniger**

9. 12. 2000 ... Das Problem aller gegenwärtigen Propaganda ist, dass man dem Imperialismus, der mehr Grund zu Vorwürfen bietet als jede Gesellschaftsform sonst, gar nichts vorwerfen kann: weil ihm gelungen ist, den Leuten alle Kriterien für recht und unrecht, wahr und falsch, schön und hässlich aus den Hirnen zu waschen. Nichts gilt mehr, und wie argumentieren, wo nichts gilt? Das Waschmittel ist der Positivismus, die Wäscherei das Fernsehen.

Es gibt Ausbeutung, es gibt Elend, es gibt

Arbeitslosigkeit, es gibt Verweigerung von Gesundheit, es gibt Mietwucher, es gibt Bürokratie, es gibt die Gewohnheit der öffentlichen Lüge, es gibt Krieg. Alle wissen es, keiner bezweifelt, und keinen stört. Jeder sagt: na wenn? oder, wenn er tief denkt: es kann ja doch nicht anders sein. Es bleibt selbstverständlich nötig, mit Sorgfalt und Geduld unsere wissenschaftliche Kapitalismuskritik anhand aller Phänomene der Jetztzeit vorzutragen. Das hat seinen Nutzen; es wird sicher ein paar Anhänger herbeilocken, vielleicht sogar die wichtigeren.  
Aber wonach ich suche, sind Themen, die zu erwähnen, also zu vernichten, dem Imperialismus und seinem Mediengesindel noch nicht eingefallen ist: unerwartete Themen, die durch Naivität das allgemeine Nullbewußtsein unterlaufen oder durch Weisheit übersteigen. Wir müßten unbedingt von was reden, wovon nicht alle reden. ...

27. 12. 2000 ... Es gibt, glaube ich, in Westdeutschland weniger Kommunisten als in der DDR, deren Bewohner von der SED erzogen sind. ... Männer wie Holz oder Flegel sind seltene Männer. ... Es gibt keinen aktuellen Grund, zwischen der BRD und der DDR einen Gegensatz aufzureißen, aber der Kern einer Organisation deutscher Kommunisten wurzelt in der DDR und in ihrer Hauptstadt. ... Es ist zweifellos falsch, mögliche Anhänger abzuschrecken oder unnötig zu verstimmen. Aber immer zu lügen oder die Dinge nie auf den Begriff zu bringen, kann der wirklich gute Ton auch nicht sein. ...

**Internationales Interesse für „RotFuchs“-Artikel**

Eine Reihe ausländischer Zeitungen und Zeitschriften hat in der letzten Zeit erneut Veröffentlichungen aus dem „RotFuchs“ nachgedruckt. Darunter befinden sich der australische „Guardian“, die „neue Volksstimme“, Wien, die griechische Zeitung „Rizospastis“ und das türkische Wochenmagazin „SOL“. Besonderes Interesse fanden Beiträge von Werner Hoppe, Bernhard Majorow und Dieter Itzerott sowie der im „RotFuchs“ erstmals veröffentlichte Brief Erich Honeckers.

**Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.**

## Glückwunsch zur Rückeroberung der kommunistischen Identität

# Brief aus Kiel

Erfreut und gleichzeitig überrascht habe ich die 11 dringendsten Forderungen zur Wiederherstellung der Lebensgrundlagen und der Würde der Ostdeutschen gelesen. Überrascht deswegen, weil ich niemals mit einem so mutigen und konsequenten Schritt mehr gerechnet habe. Warum nicht - werdet Ihr mich fragen -, da es doch völlig richtig, notwendig und gerechtfertigt ist, daß die am meisten Unterdrückten und Ausgebeuteten selbständig ihre Forderungen aufstellen und verbreiten. Richtig, aber warum habt Ihr mit Eurem umfangreichen Wissen über die Lehren von Marx, Engels und Lenin und der unvergleichlichen Erfahrung des Aufbaus eines antifaschistischen und sozialistischen Staates im Herzen des Imperialismus das erst nach zehn Jahren Gehirnwäsche und Entwürdigung gemacht, halte ich dagegen.

Für mich als unorganisierte westdeutsche Linke hatte die DDR schon immer eine gewisse Anziehungskraft, einen Mythos schon per se aus der Geschichte, versteht sich. Doch ein eigenes Bild hatte ich mir nie richtig verschafft, dazu war ich viel zu sehr in meinen politischen Aufgaben und Vorstellungen verfangen.

Dieses Manko wollte ich nach der Annexion bearbeiten und begann meine „Forschungstätigkeit“ im Osten. Doch statt Mythen fand ich kleinbürgerliche Plüschigkeit, alltäglichen Sexismus und Rassismus und Duckmäsertum wie im Westen und meine leise schwelende Hoffnung - vielleicht könnte es ja doch ein besseres Deutschland gewesen sein - verpuffte so im stinkigen Einheitsbrei.

Wo waren sie geblieben, die Heldinnen und Helden der Entnazifizierung und des Neuaufbaus, die Kämpferinnen und Kämpfer im „Kalten Krieg“, die trotz imperialistischer Drohung ihre Überzeugung und ihre sozia-

len Errungenschaften souverän verteidigten? Wo sind die Internationalistinnen und Internationalisten geblieben, die in zahlreichen Ländern Entwicklungshilfe leisteten und gegen imperialistische Kriege den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern zur Seite standen? Diese Genossinnen und Genossen waren in jener Zeit mit unzähligen Strafverfahren der Siegerjustiz, mit langjährigen Haftstrafen und der puren Existenzsicherung beschäftigt. Sie hatten nur wenige finanzielle und propagandistische Mittel, um sich gebührend bemerkbar zu machen.

Viele andere dagegen entschuldigten sich dafür, „Ossi“ zu sein und erzählten allen, wie trist und unterdrückt das einstige Leben in der DDR gewesen sei. Böse Zweifel stiegen in mir auf: War das etwa doch nicht anders gewesen, war das doch nur alles Propaganda?

Soviel Selbstverleugnung und Selbsthaß kann wohl kaum möglich sein, dachte ich mir und besuchte zum ersten Mal eine Veranstaltung der DKP in Kiel zum 80. Jahrestag der Novemberrevolution. Als Feministin freute ich mich natürlich besonders auf eine angekündigte Rednerin, die - so dachte ich - die Anstrengungen und Leistungen der Menschen und besonders der Frauen in der DDR repräsentieren und verteidigen würde. Doch was für eine Enttäuschung für mich: Nina Hager sagte auch nur, was imperialistische Politiker und ihre Presse zuzugeben bereit waren - daß nämlich die DDR auch einige gute Dinge für die Menschen bereitgehalten hat. Besonders hob sie ihre Erfahrung hervor, daß sie erst von den westdeutschen Genossinnen und Genossen gelernt habe, wie man einen Büchertisch aufbaut und dahinter Propaganda macht.

Na, Büchertische hat es in der DDR doch sicher auch gegeben, dachte ich und ging

etwas entmutigt wieder nach Hause. Aber eine Frage hämmerte weiter in meinem Kopf: Warum schämen sich diese Menschen einer Geschichte, in der sie mehr als andere für das Wohl der Menschheit und den Frieden auf der Welt getan haben, mehr, als die westdeutsche Linke einschließlich der DKP es jemals erträumt, geschweige denn gekonnt hätte?

Sicher, Selbstkritik muß sein, denn sie beinhaltet die Notwendigkeit, sich der eigenen Geschichte zu stellen und die kommunistische Identität wiederzugewinnen, wie Domenico Losurdo es in seinen Beiträgen zur dialektischen Theorie beschreibt. Aber diese Selbstverleugnung befremdete mich. Ist sie nicht eher eine Flucht vor der eigenen Geschichte, die absolute Kapitulation vor dem Feind? Ich glaube, Menschen mit geliehener Identität können so vielleicht kurzfristig, aber niemals langfristig überleben.

So versteht Ihr nun, wie erfreut und überrascht ich über die Veröffentlichung der 11 Forderungen war, denn sie sind für mich ein Ausdruck wiedergewonnener Identität, eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und die revolutionäre Haltung, sich nicht mehr mit der Niederlage abfinden zu wollen. Endlich habe ich sie gefunden, die Internationalistinnen und Internationalisten, die Kämpferinnen und Kämpfer, die Genossinnen und Genossen, die so viel schon geschafft haben, und die ich so lange vermisse.

Bei meinem letzten Besuch in Berlin war ich auf dem Fernsehturm am Alexanderplatz und habe mit gemischten Gefühlen zum ersten Mal einen Rundblick über die ganze Stadt gewagt. Danach kaufte ich mir eine Ansichtskarte mit der Turmkugel und dem Roten Rathaus. Ich dachte mir dabei, wer seine Geschichte nicht kennt, lebt nicht in der Gegenwart und kann daher auch nicht die Zukunft gestalten.

In diesem Sinne sende ich Euch solidarische Grüße und wünsche Euch viel Erfolg für das neue Jahr.

G. S.



Grafik: Herresbach

*Aus dem Leben unserer Gruppe*

## Ein Palast von Volkshauscharakter

Am 19. Dezember trafen wir uns zu einer Versammlung, die dem Verlangen „Hände weg vom Palast der Republik!“ (9. Forderung des Diskussionsangebots der Gruppe Nordost/RF-Nr. 34) gewidmet war. Einer der geistigen Väter des Bauwerks, der Architekt, Nationalpreisträger **Dr.-Ing. Wladimir Rubinow**, referierte mit großer Sachkunde und interessantem Anschauungsmaterial.

Bevor er das Wort nahm, ehrten die Teilnehmer das Andenken der unlängst verstorbenen Genossin Irma Gabel-Thälmann, die bis zuletzt der revolutionären Sache treu blieb und trotz schwerer Krankheit am Kampf der deutschen Kommunisten Anteil nahm. Anschließend informierte Klaus Steinger kurz über die Berichterstattung der Gruppe Nordost vor dem Bezirksvorstand; ausführlich sei dabei über die gemeinsame Konferenz mit der befreundeten Zeitschrift „offensiv“ gesprochen und unser Diskussionsangebot (11 Forderungen) erläutert worden. Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes habe zweieinhalb Stunden in Anspruch genommen. Der Gruppenvorsitzende kündigte an: künftig werden unsere monatlichen Versammlungen so angelegt sein, daß genügend Raum für exakte Informationen über die Tätigkeit unserer drei dem Bezirksvorstand angehörenden Genossen bleibt.

Dr. Rubinow ist „RotFuchs“-Lesern kein Unbekannter. Bereits in der September-Ausgabe (Nr. 32) hatte er sich mit einer bestechenden Argumentation dafür eingesetzt, daß die weitgehend vorgeschobene und maßlos übertriebene Asbestsanierung des Palastes der Republik schleunigst abgeschlossen und das Haus wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. „Ich habe mit einem der dortigen Bauleiter gesprochen. Da wird die teuerste Variante realisiert, während man z. B. am ICC in Westberlin wesentlich einfachere und billigere Lösungen gefunden hat.“ Wenn man die Fassade seit zehn Jahren dem Verfall preisgebe, nehme es nicht wunder, daß der derzeitige Bundeskanzler einen Wiederaufbau des Hohenzollernschlosses dem Fortbestand des Palastes vorziehe.

Der Grundgedanke der mit einer Vielzahl von Beispielen aus der Architekturgeschichte unterlegten Ausführungen Dr. Rubinows: äußere Gestalt und Funktion eines Gebäudes hängen vor allem bei Gesellschaftsbauten untrennbar zusammen. Ein langer Weg vom vielseitig nutzbaren („polyvalenten“) antiken Theater über die Monokulturstätten der feudalen und kapitalistischen Epochen hätte schließlich zu jenem Volkshausstyp geführt, wie er durch die junge Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geschaffen worden sei. Dort habe zum ersten Mal die

Möglichkeit bestanden, Theater- und andere kulturelle Veranstaltungen, Kongresse und Versammlungen neben einem vielseitigen Klubleben und Vergnügungszusammenkünften bis zu Familienfeiern unter einem Dach für die „einfachen Menschen“ zu realisieren. Der erste Entwurf eines solchen „Volkssaales“ stamme übrigens von keinem Geringeren als Karl Friedrich Schinkel (1821). In der DDR sei später versucht worden, diesen Gedanken in Gestalt etlicher Kulturhausbauten mit Leben zu erfüllen. Einen besonders gelungenen Komplex, der für ein Volksgut in der Nähe Magdeburgs errichtet wurde, habe man inzwischen zum Möbelmarkt „umfunktionierte“. Es gebe indes nur zwei Bauwerke, in denen die Polyvalenz als tragende Idee konsequent Gestalt angenommen habe: das Centre Pompidou in Paris und der Palast der Republik in Berlin. Hier sei als wichtige Komponente die einmalige Umwandlungstechnik des Großen Saales, über dessen derzeitigen Zustand er allerdings nichts sagen könne, hinzugekommen. Abschließend stellte Dr. Rubinow seine Gedanken vor, wie man eine Symbiose zwischen Palast der Republik und einem weiteren Gebäude finden könne, das äußerlich Fassadenteile des alten Stadtschlusses besitze, funktionell jedoch mit dem in der DDR entstandenen Haus des Volkes eine Einheit darstellen müßte.

Dann sprach **Dr. Rudolf Ellereit**, Vorsitzender der Bürgerinitiative „Pro Palast“. Alle Entscheidungen zum Palast der Republik seien ein Politikum. „Wenn man jetzt das Bauwerk sieht, kann einem die Lust vergehen. Und das ist noch nicht das Ende. Die ‚Morgenpost‘ hat gestern geschrieben, daß außer dem Stahlskelett und den Zwischenböden nichts stehenbleiben soll.“ Seine Freunde und er hätten mehr als 100 000 Unterschriften gesammelt und dem Petitionsausschuß des Bundestages der vergangenen Legislaturperiode zugeleitet; dessen Reaktion sei sogar positiv gewesen. Seitens der Schröder-Regierung hülle man sich in Schweigen, „weil es nicht sein darf, daß in der Mitte der Hauptstadt dieses Staates ein Gebäude steht, das von den Leistungen der DDR Zeugnis ablegt.“ Dr. Ellereit berichtete über vielfältige Aktionen zum Erhalt des Palastes und Pläne zu deren Weiterführung. Am 10. Februar werde um 16. 00 Uhr im Theater am S-Bahnhof Karlshorst ein „Kleiner Kessel Buntes“ gewaschen, und zwar mit prominenten Teilnehmern, von denen einige schon in einem der großen „Kessel“ im Palast aufgetreten seien. „Dieses Theater war das Haus der Offiziere der Sowjetarmee, das natürlich auch weg soll. Sämtliche staatlichen Mittel wurden ihm bereits gestrichen!“

Der Grafiker Arno Fleischer fragte, bei welcher Instanz man individuellen Unmut äußern könne. Sachkundige Antwort des Vorsitzenden der Bürgerinitiative: Das Haus gehöre der Bundesregierung, der Baugrund dem Land Berlin, dessen Regierender Bürgermeister Diepgen sich auch heute noch als „der größte Scharfmacher“ in dieser Frage erweise.

Klaus Wons als Vertreter des Sprecherrates der ehemaligen Mitarbeiter des Palastes bat anschließend ums Wort. Die Kollegen hätten sich an alle europäischen Parlamente mit der Bitte um Unterstützung beim Kampf um die Erhaltung dieses Volkshauses gewandt. „Es muß der Bevölkerung wieder als Stätte der Begegnung zugeführt werden!“

Vor mir liegt eine alte Zeitschrift: Das September-Heft 1976 von „Architektur der DDR“ bringt einen Beitrag des inzwischen verstorbenen Chefarchitekten des Palastes Heinz Graffunder. „Den Palast der Republik wesentlich bestimmend sind die in der Art von Bausteinen angelegten Funktionsbereiche und ihre gegenseitig variablen Anordnungsmöglichkeiten ... Der oberste Grundsatz ist, daß das Haus allen Berlinern und ihren Gästen aus dem In- und Ausland offensteht.“

70 Millionen Besucher bezeugen das Gelingen dieser Absicht.

**Frank Mühlefeldt**

### Freunden beistehen!

Seit Herbst 1997 ist das Ehepaar Squillacote/Stand wegen „Spionage für die DDR“ in den USA inhaftiert. 1999 wurden Theresa Squillacote (42) zu 21 Jahren und 10 Monaten und Kurt Stand (45) zu 17 Jahren und 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Kurt ist ein Sohn deutscher Emigranten, die in den 30er Jahren in die USA flohen. Aus linker Überzeugung hielten er und seine Frau Kontakt zu Vertretern der DDR, hatten aber keine Möglichkeiten, vor deren Zerschlagung wichtige Informationen zu übermitteln. Ihrer Verurteilung ging eine fingierte „Dokumentenübergabe“ aus dem Pentagon an einen Lockspitzel des FBI voraus, der als Vertreter des südafrikanischen Geheimdienstes posierte. Wie die Eltern Kurt Stands mitteilten, wartet ihr Sohn im Gefängnis dringend auf Solidaritätsbeweise aus der früheren DDR, nachdem ihn Post aus anderen Teilen der Welt bereits erreicht hat.

Bitte schreibt an

**Mr. Kurt Stand**

- 42289 - 083, Unit B -

FCI Allenwood

P. O. Box 2000

White Deer, PA

17887 - USA

## 11 demokratische Forderungen für den Osten

# Kolonialismus von besonderem Typ

Die DDR als bisher größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zu benennen ist gewiß keine Formulierungsfrage. Es ist auch nicht ausschließlich eine theoretische Angelegenheit. Die politische Verteidigung dieser Errungenschaft und ihrer Lehren ist vor allem eine bedeutende praktische Aufgabe. Dazu hat die Gruppe Berlin Nordost mit der Ausarbeitung ihres Diskussionsangebots „11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland“ einen wichtigen Beitrag geleistet. Auch für die kommunistische und antiimperialistische Bewegung im Westen des Landes ist das von grundlegender Bedeutung. Diese Forderungen, die ein umfassendes Kampf- und Aktionsprogramm verkörpern, können das Verhältnis zwischen den Kommunisten im Osten und den revolutionären Linken im Westen positiv beeinflussen, dienen sie doch der Verschmelzung der Kampferfahrungen aus entgegengesetzten Systemen; sie befördern die Verstärkung des Widerstandes gegen den großdeutschen Imperialismus und seine faschistischen Hilfstruppen.

Woraus aber ergibt sich die Bedeutung für den Westen?

Den nun zehn Jahre andauernden Vernichtungsfeldzug des BRD-Imperialismus gegen die gesamte Gesellschaft der DDR und deren Werte haben die Genossen aus Nordost im leninistischen Sinne auf den Punkt gebracht: Die annektierte DDR ist heute eine durch westdeutsche Sonderbeamte überwachte Halbkolonie. Diese Bestimmung definiert eindeutig die Aufgaben der Kommunisten im Westen, aus dem die Unterdrückung kommt, die sich zugleich auch gegen die Werktätigen dort richtet.

Gegen diese These gibt es offenbar Einwände, selbst bei manchen Kommunisten im westdeutschen „Mutterland“. Sie haben die „Vereinigung“ zu sehr verinnerlicht und für bare Münze genommen. Halbkolonialismus? In den eigenen Grenzen? In Europa? So etwas ist doch undenkbar, wird eingewendet. Undenkbar? Ich erinnere nur an die Theorie der KP Südafrikas aus dem Jahr 1962. In ihrem damaligen Programm sprach diese Partei vom „Kolonialismus besonderen Typs“ - nämlich im eigenen Land.

Die Arbeiterklasse der BRD hat stets von der Existenz der DDR profitiert - selbst noch nach deren Annexion durch den krisendämpfenden Effekt der Zerschlagung der sozialistischen Wirtschaft und den „Neuaufbau“ im Osten. Es scheint, als führe der sich auch darauf gründende relative „Wohlstand“ der Massen im Westen - verglichen mit der Deklassierung und Entwürdigung im Osten - zu einer starken Entsolidarisierung innerhalb der Klasse. So ist es auch

nicht verwunderlich, wenn manche in der DKP aus den 11 Forderungen lediglich einen Aufruf zur „Wiederherstellung der DDR“ herausdeuteln, um sie als lebensfremde Spinnerei ohne Relevanz für die alten Bundesländer abzutun.

Richtig ist natürlich: All das, was in dem Papier eingefordert wird, war in der DDR mehr oder weniger täglich erlebbare Realität. Und es ist heute unvorstellbar. Damit wird der qualitativ geringerwertigen Gesellschaftsordnung der BRD der soziale Spiegel vorgehalten. Unter diesen Umständen ist es die Pflicht der Kommunisten im Westteil des Landes, mit allen verfügbaren Kräften den von den Ostgenossen geführten Kampf für ihre eigenen und besonderen Forderungen zu unterstützen. Denn es kann keine wirksame kommunistische Politik, keine Einheit des Kampfes in beiden Landesteilen geben ohne die Anerkennung einer von Nordost ins Licht gehobenen Tatsache: Der besonderen Unterdrückung, Entrechtung und Entwürdigung der Menschen auf früherem DDR-Territorium. Sprach nicht Lenin davon, daß Kommunisten stets den Standpunkt der „am meisten unterdrückten Massen“ einnehmen, davon ausgehen und ihre Politik daran orientieren müßten?

Das Angebot „11 Forderungen“, wird es zu einem Dokument der ganzen Partei, kann der DKP im Osten auch den Weg zu jüngeren Menschen öffnen, die ihre sozialistische Erziehung nicht gänzlich abgestreift haben. Es könnte der Anfang einer antiimperialistischen Gegenoffensive sein. Und nicht zuletzt: Es kann Zehntausenden Kommunisten aus der DDR mit ihren vielfältigen Kampf-, Berufs- und Lebenserfahrungen Orientierung und Organisation geben. Denn im Osten und insbesondere in Ostberlin leben derzeit die meisten Kommunisten Deutschlands. Deren Mehrheit ist heute parteilos, weil die Politik der PDS-Führung sie immer stärker abstößt und die DKP wegen ihrer anhaltenden Westdominanz für sie nicht anziehend genug ist. Blasierte Äußerungen vereinzelter Westgenossen, sie wären einst „nicht wegen, sondern trotz der DDR“ in die DKP eingetreten, sind da nicht hilfreich. Sie zeugen auch von fortwirkender Verständnislosigkeit gegenüber der nationalen und internationalen Bedeutung der 40jährigen Existenz der DDR, ihrem historischen Gewicht.

Die Einverleibung der DDR als

Halbkolonie in die imperialistische BRD hat ernste Konsequenzen für die Arbeiterklasse im Westteil des Landes. Bruni Steiner verwies im Leitartikel des Dezember-„RotFuchs“ auf die Dialektik der 11 Forderungen, indem sie den „Laborversuch“ des Imperialismus erwähnte, der im Osten für ganz Deutschland stattfindet. Die Auswertung der dort gesammelten Erfahrungen und deren praktische Anwendung über die BRD hinaus wird bei der Herstellung der deutschen Vorherrschaft über die EU und bei ihrer Erweiterung nach Osteuropa eine große Rolle spielen. Aus der halbkolonialen Unterwerfung der früher sozialistischen Länder dieser Region erwächst die Pflicht zur Verstärkung des proletarischen Internationalismus und der antiimperialistischen Solidarität.

Was uns im Westen der BRD betrifft, würden wir einen Fehler begehen, wenn wir die 11 Forderungen nicht als einen Appell begriffen, sich aufzurichten, kolonialistisches Denken zu überwinden, die Fesseln des Sozialdemokratismus abzuwerfen und klare Ziele anzuvisieren. Für die Rechte, die Würde und die Gleichheit der Menschen auf dem Territorium der einstigen DDR steht das Diskussionsangebot aus Nordost. Es wäre erfreulich, wenn die UZ, die eine ganze Seite für „Nietzsche, Marx und die Dialektik der Emanzipation“ übrig hatte, endlich Platz für die 11 Forderungen und die Entwicklung des Kampfes um sie finden würde.

**Werner Hoppe, Hamburg**



**Mit DDR-Landwirtschaftsminister Dr. Hans Watzek im Gespräch**

# Wie steht es um die ostdeutschen Bauern?

*Genosse Dr. Watzek, in Ihrem „RotFuchs“-Beitrag vom Mai hatten Sie eindrucksvoll dokumentiert, wie sich die DDR-Bauern ihre positiven Erfahrungen mit der genossenschaftlichen Arbeit bis heute bewahrt haben.*

Der seinerzeitige Präsident des - damals noch westdeutschen - Bauernverbandes, Freiherr v. Heeremann, hatte mir das schon 1990 in gewisser Weise prophezeit, als er sagte: „Eure Strukturen, unsere Technik und unsere Chemie - dann sind wir unschlagbar in Deutschland!“

*Nun laufen die Alteigentümer aber gerade gegen diese Strukturen Sturm. Wie ist der Stand der Dinge?*

Eine der Existenzgrundlagen der DDR-Landwirtschaft war die Bodenreform, deren Ergebnisse von den ehemaligen Großgrundbesitzern seit Jahren in Frage gestellt wurden. Viele drüben beschwerten sich großmütig über das, was wir 1945 gemacht haben. Aber der Anteil des Großgrundbesitzes im ostelbischen Gebiet betrug 50 % in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg und Sachsen-Anhalt rund 30 %. Dagegen waren es in Bayern mal gerade 2,3 %. Das ist keine Nuancierung, das ist ein himmelweiter Unterschied! Vor allem im Osten Deutschlands ging es um die Entmachtung der Kaste der Großgrundbesitzer als eine wichtige Schlußfolgerung aus der verhängnisvollen deutschen Geschichte - ein Standpunkt, der in den Nachkriegsjahren von allen Siegermächten des 2. Weltkrieges vertreten wurde.

Nun gibt es zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die beide sichtbare Auswirkungen haben werden für die künftige Agrarpolitik: Mit der einen wurde eine Verfassungsklage der Alteigentümer abgewiesen, das ist positiv, weil damit vor allem für die ostdeutsche Landwirtschaft viele Unsicherheiten ausgeräumt sind.

*Und die schlechte Nachricht?*

Die andere Entscheidung, die Abweisung einer Verfassungsbeschwerde von DDR-Bürgern, ist negativ. Sie schreibt die Aushebelung des Modrow-Gesetzes vom 6. März 1990 fest. Mit ihm waren alle Eigentumsbeschränkungen an Bodenreformgrundstücken aufgehoben und die Erben zu Volleigentümern erklärt worden. Durch die Einführung des BGB in Ostdeutschland wird aber diese Entscheidung nicht anerkannt. Tausende Bürger werden zugunsten der Kassenlage des Staates enteignet. Das geht nicht! Das ist Kolonialprinzip! Da zweifeln viele Bürger berechtigterweise an diesem Rechtsstaat.

*Was verstehen Sie in diesem Zusammenhang unter Kolonialprinzip?*

Wenn zwei Staaten, die Rechtssubjekte des Völkerrechts waren, einen Vertrag schließen, wobei sich das eine Rechtssubjekt dann aus der Geschichte verabschiedet - da kann der andere Staat nicht willkürlich Regelungen dieses Vertrages auslegen wollen. Das Gesetz vom 6. März war als weiter geltendes DDR-Recht Bestandteil des Einigungsvertrages. Das betrifft, schätze ich, zehntausende Bürger, allein in Mecklenburg-Vorpommern etwa 5 000. Es sind schon Notfälle eingetreten, wo z. B. das Land inzwischen verkauft wurde und nun das Geld zurückverlangt wird. In Sachsen-Anhalt hat es Familien bereits in die Sozialhilfe getrieben. Diese Frage kann nur noch politisch gelöst werden, rechtlich sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Politisch muß das weitergehen und gezeigt werden, wie wir als Ostdeutsche mehr oder weniger als Deutsche zweiter Klasse behandelt werden.

*Spielt die Altschuldenproblematik da mit hinein?*

Nicht direkt, aber auch sie drückt sehr auf die Konkurrenzfähigkeit, zumal die Austeiger aus den Genossenschaften von der Beteiligung an den Altschulden entlastet wurden. So sind trotz aller Verhandlungen und Unterstützung etwa 7 Mrd. DM Schulden bei den LPG-Nachfolgern hängengeblieben. Zur Zeit wird zwar nicht deren Tilgung gefordert, es wurde da die „bilanzielle Entlastung“ eingeführt. Aber die Genossenschaftsbank, die nie einen Finger krumm gemacht hat, um die dahinterstehenden Altkredite aufzubringen, berechnet die Zinsen vom ersten Tage an. Bis jetzt sind etwa 650 bis 700 Mio DM Zinsen aufgelaufen und damit steigt der Schuldenberg weiter an. Dabei ist sogar vor dem Bundesverfassungsgericht nachgewiesen worden, daß die DDR-Kredite überhaupt keine Kreditenachmarktwirtschaftlichen Prinzipien waren. Unsere Forderungen aus linker Sicht sind: 1. sofortiges Zinsmoratorium und 2. schrittweise Entschuldung zulasten des Erblastenfonds, wie das bei ehemals volkseigenen Betrieben gemacht wurde.

*Die Anzahl der Bauern ist rapide zurückgegangen. Sterben unsere Dörfer?*

In der DDR-Landwirtschaft waren alles in allem etwa 800 000 Menschen tätig; heute sind es in Ostdeutschland noch 150 bis 170 000. Die Sozialstruktur „Dorf“ wird grundlegend umgewälzt. Wir sollten uns angewöhnen, die ländlichen Räume in ihrer Komplexität und Differenziertheit zu betrachten. Der Speckgürtel von Berlin ist diametral entgegengesetzt der Situation von Mecklen-

burg-Vorpommern, wo außerhalb der Tourismusgebiete schon der Prozeß der Verödung im Gange ist. Die Landwirtschaft bleibt natürlich für den ländlichen Raum ein unverzichtbarer, tragender Faktor, aber allein kann sie die Entwicklung nicht mehr bestimmen.

*Wie beurteilen Sie die Chancen der kooperativ wirtschaftenden Agrarbetriebe im Verhältnis zur einzelbäuerlichen Wirtschaft?*

Als Linker bin ich natürlich für die Agrargenossenschaften. Sie bewirtschaften in Ostdeutschland 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche und bis zu 40 % der Tierbestände. Aber es wäre eine Illusion zu glauben, daß wir in absehbarer Zeit alles in Agrargenossenschaften umwandeln könnten. Was ich für positiv halte, ist die Tatsache, daß sich auch in den alten Bundesländern - vielleicht auch aufgrund der Ergebnisse im Osten - in vielfältigen Formen Kooperationsbeziehungen entwickeln. Ich denke, daß da Signale ausgehen können für die Osterweiterung der EU. Daneben wird es auch weiterhin den Kleinbauernbetrieb geben, vor allem, wo ersich unter Nutzung der natürlichen Bedingungen spezialisiert, z. B. auf Gemüse, Obst, Dienstleistungen oder Tourismus. Außerdem: die Hälfte der bäuerlichen Betriebe in der Alt-BRD sind Nebenerwerbsbetriebe, in denen Frauen und Kinder die Hauptlast tragen. Das wird sich lange halten, schon aufgrund der Arbeitslosigkeit.

*Stichwort EU: Wir sind doch nun schon voll eingebunden in diesen Mechanismus, oder?*

Der DDR-Landwirtschaft hat man zugemutet, sich innerhalb eines Tages, vom 30. Juni zum 1. Juli 1990, auf die neuen Bedingungen mit all ihren Regularien und ihrer Bürokratie umzustellen. Dagegen wurden beim Beitritt z. B. Spaniens und Portugals z. T. jahrzehntelange Sonderregelungen ausgehandelt. Für unsere Bauern sanken von einem Tag auf den anderen die Preise für pflanzliche Produkte um die Hälfte und bei Tierprodukten noch mehr, während die Kosten für Betriebsmittel stiegen. Viele Betriebe hatten nur noch den Ausweg, Tierbestände zu reduzieren. Wir haben in den ersten zwei Jahren 50 % der Tierbestände verloren - und die westdeutschen Viehhändler haben sich eine goldene Nase daran verdient. Im Ergebnis reicht die Produktion nicht mehr für die Eigenversorgung der Bevölkerung im Osten aus. Und selbst da, wo wir es könnten, z. B. bei Zucker, lassen es die Brüsseler Quotenregelungen nicht zu. Jüngst kommentierte dies ein Bauer aus der Nähe von Neubrandenburg: „Früher saß das Politbüro in Berlin, heute sitzt es in Brüssel“.

*(1. Teil. Gesprächspartner: Frank Mühlefeldt)*

## Die Klassiker zum Kolonialismus

Drei Daten - der amerikanische Bürgerkrieg 1861-1865, die Gründung der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) 1864 und das Erscheinen des ersten Bandes des „Kapitals“ 1867 - bilden eine Einheit von Theorieentwicklung, Klassenkampf des internationalen Proletariats und Kampf gegen Rassismus als einer Seite kolonialer Befreiungsrevolutionen.

Die Sklaverei über die Schwarzen in den Südstaaten der USA stellte eine spezifische Form des Kolonialismus dar: Es handelte sich um Kolonialismus innerhalb eines Staates. In den USA standen sich zwei rivalisierende Systeme, zwei Ausbeuterfraktionen gegenüber: Die Plantagenbesitzer der Südstaaten, deren Produktion auf Sklavenarbeit beruhte, und die industriellen Kapitalisten der Nordstaaten, wo sich die auf „freier Lohnarbeit“ basierenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse durchgesetzt hatten. Der mit Sklaven betriebene Anbau von Baumwolle führte zu rascher Erschöpfung des Bodens und zum Bestreben der Sklavenhalter, sich die sogenannten „freien Territorien“ anzueignen und damit ihre Herrschaft auf das ganze Land auszudehnen, was die Entwicklung des Kapitalismus in den USA ernsthaft behindert hätte.

Mit der Abspaltung von letztlich 11 der 34 Bundesstaaten, die sich zu den „Konföderierten Staaten von Amerika“ zusammenschlossen, war der Bürgerkrieg unvermeidlich geworden. Die Konföderierten begannen ihn am 14. April 1861.

Wie Marx schrieb, standen die Nordstaaten als „bisher höchste Form der Selbstregierung des Volkes“ der Gesellschaftsordnung im Süden als „der niedrigsten und schamlosesten Form der Menschenversklavung“ gegenüber. Sie vertraten den Menschheitsfortschritt. (MEW 15/327). Die USA-Nordstaaten waren zu dieser Zeit das progressivste Land der Welt, mit hochentwickelter bürgerlicher Demokratie, unter der sich das Proletariat - im Vergleich mit Europa - bedeutende soziale und politische Freiheiten erkämpfen konnte. Der Bürgerkrieg in Amerika trug den Charakter einer bürgerlich-demokratischen Revolution, deren Ausgang für den Emanzipationskampf der internationalen Arbeiterklasse größte Bedeutung besaß. Er stellte bezüglich seiner internationalen Auswirkungen einen qualitativen Einschnitt dar wie später die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland und die volksdemokratische Revolution in China.

Dieser Sachverhalt wurde sowohl von der englischen Bourgeoisie, die an der Seite der Sklavenhalter gegen die Nordstaaten

intervenieren wollte, als auch von den Arbeitern vieler Länder verstanden. Das britische Proletariat hinderte seine herrschende Klasse daran, ihre Absicht zu verwirklichen. Deren Versuch würde, wie Marx schrieb, „das Ministerium stürzen“. (MEW 15/460)

Fortschrittliche deutsche Arbeiter, vor allem die nach der Niederlage der Revolution 1848/49 in die USA ausgewanderten Kommunisten und Demokraten, stellten ein bedeutendes Kontingent der Unionsarmee, darunter einen Brigadegeneral (August Willich) und einen Oberst (Joseph Weydemeyer, langjähriger Freund und Briefpartner von Marx und Engels). Sie führten ihr eine „beträchtliche Masse militärischer Erfahrung“ aus der europäischen Revolutionsperiode zu, wie Marx und Engels schrieben. (MEW 15/488)

Unter weltgeschichtlichem Aspekt brachten die Unionstruppen den durch die Sieger über die europäischen Revolutionen (1848/49) unterstützten amerikanischen Sklavenhaltern in der Entscheidungsschlacht von Gettysburg (1.-3. Juli 1863) eine vernichtende Niederlage bei. Gettysburg für Rastatt! Nach der Kapitulation der Festung Rastatt, dem letzten Stützpunkt der deutschen Revolution, am 23. Juli 1849 nahmen auf Befehl des Prinzen von Preußen die Standgerichte ihre blutige Arbeit auf. Sie verurteilten 28 Revolutionäre zum Tode. Die Urteile wurden innerhalb von 24 Stunden vollstreckt. 68 Revolutionäre erhielten jeweils 10 Jahre Zuchthaus. In den Kasematten von Rastatt starben Hunderte. Dies sei zum „Preußenjahr“ 2001 angemerkt!

War die Ausarbeitung des „Kapitals“, die Entdeckung des Mehrwertgesetzes die ökonomisch-theoretische Begründung des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse, so wurde die revolutionäre Arbeiterbewegung mit dem Eingreifen europäischer Proletarier in den amerikanischen Bürgerkrieg zu einer internationalen Kraft. Die Gründung der IAA war die politische Konkretisierung sowohl der Marx'schen Theorie als auch der vereinten militärischen Aktion der Arbeiterklassen Europas und Amerikas gegen die Konföderierten. Die Arbeiter Europas begriffen sofort, schrieb Marx an Abraham Lincoln, „selbst noch ehe sie durch die fanatische Parteinarbeit der oberen Klassen für den konföderierten Adel gewarnt worden, daß die Rebellion der Sklavenhalter die Sturmglöcke zu einem allgemeinen Kreuzzug des Eigentums gegen die Arbeit läuten würde, und daß für die Männer der Arbeit außer ihren Hoffnungen auf die Zukunft auch ihre vergangenen Eroberungen in diesem Riesenkampfe jenseits des Ozeans auf

dem Spiele standen...“ (MEW 16/19)

Es war weltgeschichtlich wohl das erste Mal, daß europäische und amerikanische Proletarier, befreite und sich befreiende Sklaven, Arbeiter in „weißer“ und in „schwarzer“ Haut gemeinsam in einer Armee für den Menschheitsfortschritt kämpften. Auf den Zusammenhang zwischen dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse und dem Kampf um nationale Befreiung haben Marx und Engels schon in den 40er Jahren, besonders während der Revolution 1848/49, in den sogenannten Polendebatten und Polenreden, verwiesen. Mit dem amerikanischen Bürgerkrieg wurde endgültig klar, daß die Stellung kommunistischer Parteien zur kolonialen und nationalen Frage zu den unverzichtbaren Kriterien revolutionärer Politik gehört, wie Marx in der Inauguraladresse an die IAA erklärte:

„Wenn die Emanzipation der Arbeiterklassen das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel erreichen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Gut und Blut vergeudet? Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heroische Widerstand der englischen Arbeiterklasse gegen ihre verbrecherische Torheit bewahrte den Westen Europas vor einer transatlantischen Kreuzfahrt für die Verewigung und Propaganda der Sklaverei.“ Die Arbeiterklasse habe die Pflicht, „in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig zuvorzukommen sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.

Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.“ (MEW 16/13)

**Ulrich Huar**

### Leseempfehlung:

Karl Marx: Ein Londoner Arbeitermeeting, in: MEW 15/454-457

Karl Marx: An Abraham Lincoln, in: MEW 16/18-20





**Generalleutnant a. D. Wolfgang Neidhardt zur Bundeswehrreform**

# Was sie wirklich wollen

*Genosse Generalleutnant, meines Wissens nimmt zum ersten Mal ein hoher DDR-Militär das Wort, um öffentlich eine Wertung von Konzepten und Aktivitäten vorzunehmen, die unter der Bezeichnung „Bundeswehrreform“ zusammengefaßt werden. Was sehen Sie als den politischen Ansatz für diese Maßnahmen?*

Seit der Auflösung des Warschauer Vertrages hat sich die sicherheitspolitische Lage der BRD und der NATO grundsätzlich verändert. Der bisherige „Gegner“ existiert nicht mehr, die BRD ist nur von befreundeten oder verbündeten Staaten umgeben. Was läge näher, als auf dieser Basis eine Bundeswehrreform durchzuführen, die auf personellem, materiellem und finanziellem Gebiet zu drastischen Reduzierungen führt? Die Regierung hat jedoch einen anderen Ansatz gewählt. Der Auftrag der Bundeswehr wurde nicht der veränderten Sicherheitslage angepaßt, sondern erweitert. Minister Scharping hat Bestandsaufnahmen erarbeiten lassen, daraus „Leitlinien“ entwickelt und letztlich „Eckpfeiler für die Erneuerung von Grund auf“ veröffentlicht. Ein wesentlicher Gesichtspunkt seiner Begründung bestand darin, die Bundeswehr sei seit Jahren unterfinanziert, es müßten „nun Auftrag, Umfang, Ausrüstung und Mittel der Bundeswehr wieder in eine Balance gebracht werden“.

*Was würden Sie als den wesentlichen Inhalt dieser „Balance“ betrachten?*

Das wesentliche Neue besteht darin, daß der Bundeswehr Aufgaben gestellt werden, die mit dem Ziel der Krisenprävention und Krisenbewältigung weit über den bisherigen, im Grundgesetz wie auch in Artikel 5 des NATO-Vertrages formulierten Auftrag der Landes- oder Bündnisverteidigung hinausgehen. Sie soll die Fähigkeit erhalten, in die Souveränität anderer Staaten - auch über das Territorium der NATO hinaus - einzugreifen und stellt somit eine Gefahr für den Frieden dar. Mit der Realisierung der Reform entsteht eine andere Bundeswehr.

*War das nicht in Jugoslawien schon erkennbar?*

Ja, die Bundeswehr soll von Grund auf zu einer Interventionsarmee umfunktioniert werden, die im sogenannten euro-atlantischen Raum (der Begriff wurde nie genau definiert) einsetzbar ist. Eine solche Orientierung wird durch die Rechtslage nicht abgesichert und ist grundgesetzwidrig. In den Reformvorhaben ist eine Abkehr von Kampfeinsätzen durch Selbstmandatierung nicht erkennbar, damit bleibt die Gefahr von Kriegen nach dem Strickmuster der NATO-Aggression gegen Jugoslawien bestehen.

*Können Sie etwas zu den möglichen Zielen solcher Einsätze sagen?*

Nach wie vor sind die „verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992 gültig. Darin werden „vitale Interessen Deutschlands“ definiert, darunter: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Wirtschaftsordnung“. Man muß annehmen, daß die reformierte Bundeswehr für die Durchsetzung dieser Interessen eingesetzt werden kann.

Die BRD bezieht etwa 30 % ihres Energiebedarfs aus der Russischen Föderation, auch die Kaspisenke ist ein erdölreicher Raum. Es entsteht die Frage, ob die Bundeswehr im Fall irgendwelcher Krisen z. B. in diesen Räumen eingesetzt werden soll. Bezeichnenderweise spricht Minister Scharping von sogenannten Risikofaktoren, die „an der Peripherie Europas politisch, ökonomisch, sozial-ethnisch, religiös oder ökologisch verursachte Spannungen (sowie) regionale Krisen und Konflikte hervorrufen“ könnten.

*Wie muß man angesichts dessen die vorgesehene personelle Reduzierung der Bundeswehr beurteilen?*

Die Bundeswehr wurde seit 1990 (ohne NVA) von etwa 495 000 Soldaten auf jetzt etwa 335 000 reduziert. Die Vorschläge Scharpings gehen von 227 000 Soldaten aus, das entspräche dann etwa 56 % der Stärke während des Kalten Krieges. Wenn die Bundeswehr keinen Gegner mehr hat wozu braucht man dann 227 000 Soldaten? M. E. ist der Vorschlag der PDS von 100 000 Soldaten eher zeitgemäß und entspricht voll der gegenwärtigen wie auch der zu erwartenden Sicherheitslage. Scharping jedoch geht davon aus, daß durch diesen Personalbestand entweder eine große oder zwei mittlere Operationen abgedeckt werden sollen. Was sind das für Operationen? Sind das Kriege wie gegen Jugoslawien? Bisher ist nirgends eine Antwort auf diese Frage erkennbar. Leider werden in der Presse oft nur Teilprobleme der Bundeswehrreform behandelt, im Prinzip wird nur über die Stärke und über die Wehrpflicht gesprochen. Die Gefahren dieser Reform und die echten Probleme, die ja auch aus der Personalstärke abzuleiten wären, werden gemieden.

*Welches sind die Hauptrichtungen der Neuausrüstung bzw. Umrüstung der Bundeswehr?*

Soweit mir bekannt ist, wird an einer Konzeption für die Neuausrüstung gearbeitet. Die Presse bringt ab und zu gewisse Informationen. Offensichtlich sind die Arbeiten noch nicht abgeschlossen. Einige Richtungen kann man bereits erkennen. Minister Scharping hat in dem erwähnten Dokument „Eckpfeiler“ eine Reihe von Positionen auch zahlenmäßig benannt. Es gibt Reduzierungen bei einigen Waffenarten, die gem als Abrüstungsschritte interpretiert werden. Sie ergeben sich jedoch aus den Veränderungen der Sicherheitslage, da nun offensichtlich keine großen Panzerschlachten mehr zu planen sind. Die höchsten Prioritäten bei der Neuausrüstung gelten dem Aufbau eines satellitengestützten strategischen Aufklärungssystems und den Maßnahmen für die strategische Verlegefähigkeit. Das sind die Hauptrichtungen, um für die BRD die Rolle der Führungsmacht zu beanspruchen. Ein weiterer Schwerpunkt besteht in der Erhöhung der technischen Führungsmöglichkeiten, das gilt besonders für internationale Einsätze über große Entfernungen und teilstreitkräfteübergreifende Einsätze. Es ist nicht zu übersehen, daß der Jugoslawienkrieg zugleich auch eine Großereprobung darstellte, aus der wesentliche Orientierungen für die Neuausrüstung abgeleitet wurden. So sollen z. B. Abstandswaffen, Präzisionswaffen und Waffen zur Radarbekämpfung wei-

terentwickelt werden. Das schließt eine gefährliche Tendenz ein: der Bevölkerung soll suggeriert werden, daß Kriege ohne eigene Verluste führbar sind. Verluste in der Zivilbevölkerung, der Wirtschaft und auch militärische Verluste eines „Gegners“ werden dabei als selbstverständlich in Kauf genommen. Insgesamt ist die Neuausrüstung der Bundeswehr ein sehr kostspieliges Vorhaben, welches besonders der Rüstungsindustrie sichere Profite beschert.

*Damit wären wir wieder beim politischen Ansatz: Können Sie etwas sagen, in welchem Verhältnis die Bundeswehrreform zu den Bemühungen um die Schaffung einer europäischen Militärmacht steht?*

Bei aufmerksamem Studium der Veröffentlichungen kommt man zu dem Ergebnis, daß die Reform offenbar einen dreifachen Ansatz anstrebt: 1. soll sie dazu dienen, um laut Scharping „qualitativ und quantitativ dem politischen Gestaltungsanspruch und Gewicht Deutschlands“ zu entsprechen. Die Fachpresse übt dort oft weniger Zurückhaltung und spricht von einer „Lead Nation“ (Führungsnation). 2. steht die Reform in voller Übereinstimmung mit den Maßnahmen zur Militarisierung der EU; vorwiegend dort soll wohl der erwähnte Führungsanspruch zur Geltung gebracht werden. 3. entspricht die Reform auch den Vorgaben der NATO zum Ausbau der militärischen Stärke dieser Organisation.

*Nun gibt es neben der Scharping-Konzeption doch auch Vorschläge einer Kommission unter Leitung von Ex-Bundespräsident v. Weizsäcker?*

M. E. werden die Unterschiede zwischen beiden Konzeptionen von der Presse aufgebauscht. Sicher bestehen Abweichungen in den Vorschlägen zur Personalstärke, hinsichtlich der Anfangsfinanzierung der Reform und ebenfalls in den Auffassungen über die Landesverteidigung. Im Grunde sind jedoch beide Konzeptionen durch ihre Orientierung auf Interventionsstreitkräfteverfassungswidrig. Einen Unterschied möchte ich jedoch hervorheben: Während v. Weizsäcker eine umfassende Diskussion und Abwägung aller politisch Verantwortlichen über einen ausreichenden Zeitraum vorschlägt, hatte es Minister Scharping sehr eilig, mit der Schaffung vollendeter Tatsachen zu beginnen. Ich möchte eine breite Diskussion ausdrücklich befürworten, in deren Vordergrund die Fragen der Notwendigkeit und der tatsächlichen mit der Reform verfolgten Interessen stehen sollten. Denn eine echte Bedrohungsanalyse wurde der Öffentlichkeit bisher nicht vorgelegt. Bei Konzeptionen mit solcher Tragweite müßte doch in erster Linie die Frage beantwortet werden, warum derart einschneidende Veränderungen erforderlich sind. Aber das tut man nicht.

Genosse Generalleutnant, herzlichen Dank für Ihre Informationen, die sicher auch in der DKP für Gesprächsstoff sorgen werden. Bekanntlich hat sich unser 15. Parteitag im Juni 2000 „ohne Wenn und Aber“ gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und gegen die Gefahr von Bundeswehrein-sätzen im Innern ausgesprochen. *Das Interview führte: Oberst a. D. Frank Mühlefeldt*

## Wie Friedrich Engels auf den Kopf gestellt wurde

### Ins Gegenteil verkehrt

Anfang Dezember erschien im ND - etwas verspätet - ein recht eigenartige Würdigung des 180. Geburtstages von Friedrich Engels. Immer wieder gibt es Versuche, Lenin gegen Marx, die Marx'schen Frühschriften gegen das Hauptwerk oder Engels' Altersbriefe gegen den Marxismus zu verwenden. Das alles ist nicht neu. Trotzdem nimmt es wunder, was sich Prof. Dr. Hans Luft hier unter dem Titel „Ein Professor und der Osten“ leistet, macht er doch ausgerechnet den Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus zu einer Art Stammvater der PDS-Reformer, zum Befürworter wahlparlamentarischen Hineingleitens in die sozialistische Gesellschaft. Zunächst bedient er sich zweier Zitate; das eine betrifft die Zeit von 1848, das andere die um 1895; dann nimmt er das Bismarck abgetrotzte allgemeine Wahlrecht und die während des Sozialistengesetzes revolutionär anwachsende deutsche Sozialdemokratie, verweist auf die Angst der Bourgeoisie vor den Wahlerfolgen der SPD, und damit hat er das „Plädoyer für den demokratischen Sozialismus“ zusammen.

Nun findet man die verwendeten Textstellen tatsächlich „am angeführten Orte“, nämlich in der von Engels etwa fünf Monate vor seinem Tode verfaßten „Einleitung zu Karl Marx' 'Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850,“; allerdings wird deren Sinn ins Gegenteil verkehrt. Zunächst zieht Luft die Engelssche Erkenntnis heran, daß 1848 die ökonomische Entwicklung keineswegs reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Dann kommt die Wahlerfolge der deutschen Sozialdemokratie in den 90er Jahren. Beides wird mit einem „sozialistischen Machtantritt“ gekrönt, der eintreten, aber nicht aus der „ungesetzlichen“, sondern aus der „gesetzlichen“ Aktion der Arbeiterklasse resultieren werde. Dann müsse man „beispielsweise staatliche Fördergelder an große Konzerne nur bei Erwerb von deren Aktien durch die öffentliche

Hand“ ausreichen ... (Daß die BRD heute ununterbrochen Staatsvermögen in Privateigentum verwandelt und an die Konzerne verschleudert, bleibt bei Luft unerwähnt.)

Worum geht es Friedrich Engels in der zitierten „Einleitung“ nun wirklich? Er untersucht, wie sich die Situation für Bourgeoisie und Proletariat in dem knappen halben Jahrhundert seit Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ im Hinblick auf einen Punkt verändert hat, nämlich auf den Springpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt: „die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit wie des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses“ (MEW 22, 511). Gerade durch diese Forderung unterscheidet sich „der moderne Arbeitersozialismus... von allen Schattierungen des feudalen, bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Sozialismus wie auch von der konfusen Gütergemeinschaft des utopischen wie des naturwüchsigen Arbeiterkommunismus“ (ebenda).

Dann beurteilt Engels die „Kampfweise“ des Proletariats in der Revolution, für die sich die Bedingungen seit 1848 „total umgewälzt“ haben und verlangt von der „stärksten, diszipliniertesten, am raschesten anschwellenden sozialistischen Partei“ vor allem die Anerkennung der „die letzten Zwecke des Kampfes scharf formulierenden Theorie von Marx“ (S. 515, 518). Das allgemeine Wahlrecht charakterisiert er dabei als Mittel, die Volksmassen zu interessieren, Bebel im Reichstag eine Tribüne zu schaffen, die Siegeszuversicht der Arbeiter zu steigern, in der Wahlagitatio mit den Volksmassen in Berührung zu kommen. Auch vergleicht er die Möglichkeiten des Sieges eines Aufstandes über das Militär im Straßenkampf unter den damals neuen Bedingungen der Bewaffnung und der Munition, die Aussichten des Barrikadenkampfes mit den Chancen der Demoralisierung der Truppe durch sozialistische

Agitation; er warnt vor der Provokation des Gegners, der nichts lieber hätte, als daß sich die Arbeiter im ungeeigneten Moment als Kanonenfutter auf die Straße werfen.

Zwei Möglichkeiten der Niederlage des deutschen Proletariats sieht er voraus: die Anzettelung eines imperialistischen Krieges und den Bruch der Verfassung durch die herrschende Klasse zur Errichtung einer noch brutaleren Diktatur ... Leider sind beide Voraussagen wahr geworden. Übrigens erweisen sich einige Passagen in Engels' „Einleitung“ auch deshalb als hochinteressant, weil sie aus Rücksicht auf die „umsturzvorlagenfurchtsamlichen Bedenken“ (Engels) des SPD-Parteivorstandes 1895 aus der Veröffentlichung fortgelassen werden mußten. Es geht da zum Beispiel um die Chancen von Straßenkämpfen, die künftig, „mit größeren Kräften unternommen werden müssen“, wobei der offene Angriff der Barrikadentaktik vorzuziehen sei; es geht um die Vermeidung des „unvorbereiteten Losschlagens“, damit der „Gewalthauf nicht in Vorhutkämpfen aufgerieben“, sondern „bis zum Tag der Entscheidung intakt gehalten“ werde, damit er im kritischen Moment auch verfügbar sei u. v. m. (S. 521-525)

Ich führe das alles natürlich nicht an, weil es heute auch nur im entferntesten um einen bewaffneten Aufstand in Deutschland gehen könnte, sondern damit Friedrich Engels nicht un widersprochen als Schwätzer bürgerlicher Scheindemokratie hingestellt und mißbraucht werden kann. Dennoch: Auch die Aufgabenstellung, in der die Engelssche Analyse von damals mündet, hat mit der unseren im 21. Jahrhundert etwas gemein, geht es ihm doch nicht wie Luft um „konstruktive Systemkritik bei Verankerung in der (kapitalistischen) Gesellschaft“, sondern um eine „vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation“. Gerade deshalb müßten „die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen ... Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben ...“ (S. 523). Damals wie heute.

**Ernst Heinz**

## Konstantin Brandt, Mitglied des PDS-Landesvorstandes M-V

### Auf dem Weg nach Bad Godesberg

Als ich am Mittwoch die Zeitungen aufschlug, war ich doch sehr erstaunt. „Kritische PDS-Stimmen zur Regierung mit SPD“ in der „Schweriner Volkszeitung“. Und im ND: „Kein Politikwechsel mit PDS“. Natürlich war ich nicht überrascht, daß es diese Ansichten gibt, ich bekenne mich selbst dazu. Aber daß eine solche Meinung überhaupt ernst genommen wird und in den Medien steht, das kam nach Cottbus doch aus heiterem Himmel.

Vor dem Bundesparteitag in Münster habe ich auf der Basiskonferenz in Sternberg davor gewarnt, daß wir so werden wie die Grünen. In und nach Münster hegte ich die Hoffnung, daß wir die einzige Partei sind, wo Basisdemokratie sogar noch auf Parteitag funktioniert. Aus politischer Verantwortung heraus wäre auch ein Rücktritt des alten Parteivorstandes gerechtfertigt gewesen.

Vor dem Bundesparteitag in Cottbus gab es - so habe ich festgestellt - eine stillschweigende Übereinkunft mit dem linken Flügel, auf Auseinandersetzungen zu verzichten. Die Vorbereitung und Durchführung der Regionalberatungen und der Leitartikel waren bereichernd Ausdruck dessen. Die

ser Konsens ist in Cottbus massiv aufgehoben worden, besonders auch in den Reden von Gabi Zimmer und Roland Claus. Die „Reformer“ sind vor allen Vorwürfen zu schützen, und die Linken wie das Marxistische Forum und die KPF sollen erst einmal etwas Konkretes leisten und einbringen. Ich will aus Zeitgründen nicht weiter darauf eingehen, aber schon eine Niederlage für uns konstatieren. Da waren wir zu leichtgläubig, zu naiv und vielleicht zu euphorisch nach Münster - ob eines kleinen Teilerfolgs.

Diese Partei ist nach Cottbus tatsächlich eine andere. Der Ruck in die sogenannte Mitte ist nicht zu übersehen, die linken Forderungen sind plakativ und auswechselbar. Wir gehen nicht mehr den Weg der Grünen, die haben wir fast schon hinter uns gelassen, nein, wir sind auf dem besten Wege nach Bad Godesberg. Wer auf dem Parteitag unter Beifall sagt, „unsere gesellschaftliche Option heißt Politik für diese Gesellschaft und nicht gegen sie“, ist auf den Weg nach Godesberg. Wer wie die SPD 1959 aus einer Arbeiterpartei eine „Volkspartei“ machen will, ist auf diesem Wege. Wer aus der Bilanz zu zwei Jahren Mitregierens in M-V mit aller Macht den Begriff

„Systemopposition“ herauskatapultiert hat und dafür das Lob des Ministerpräsidenten erhält, bewegt sich nach Godesberg. Wer einer unsozialen Steuerreform zustimmt, wohlwissend, daß er damit die Umverteilung von unten nach oben unterstützt, bewegt sich nach Godesberg. Wer nicht die ungeteilte Solidarität für die Demonstranten und nicht nur für das stille Gedenken für Karl und Rosa aufbringt, wie die Parteivorstandsmitglieder Pau und Flierl, steht vor Godesberg. Wer ein Einwanderungsgesetz will, das immer ein Einwanderungsbeschränkungsgesetz ist, steht Schily näher als ihm lieb sein kann. Wer eine Mitte-Links-Koalition im Bund anstrebt, wohlwissend, daß damit ein Bündnis mit NATO und Kriegführenden eingegangen wird, läßt sich von der „Volkspartei“ SPD bald nicht mehr unterscheiden. Wer wie Dieter Klein am 16. 10. 2000 über die Verantwortung der Intellektuellen philosophiert und die Dichtheit zwischen dem, was die Kommunisten wollten und was die Nazis taten, trägt nicht zum Abbau des Antikommunismus und zum Erkennen der eigentlichen Ursachen des erstarkten Neofaschismus und Rechts-

Fortsetzung auf Seite 11

## Zu Ergebnissen der PDS-„Selbstfindung“ (III)

# Sozialdemokratisierung - „unhaltbarer Vorwurf“?

„Wer will, daß die PDS bleibt, kann nicht wollen, daß sie so bleibt, wie sie ist.“ Das sagte Genossin A. Folglich will sie, daß ihre Partei anders wird. Unverkennbar vorwurfsvoll hingegen fragte Genossin B: „... wollt ihr eine andere Partei, die nicht sozialistische Volkspartei sein will?“ Ergo besteht sie darauf, daß die PDS so bleibt, wie sie ist. Nun stammen beide Sätze allerdings nicht von verschiedenen Genossinnen. Sie kamen auf dem Cottbusser PDS-Parteitag aus einem Mund - dem der neuen Parteivorsitzenden Gabriele Zimmer. Auf den ersten Blick scheinen die Erklärungen einander auszuschließen. Doch sie bilden eine „dialektische Einheit“; sie zielen lediglich auf unterschiedliche Adressaten. Den von ihrer Führung vorzugsweise als „linke Dogmatiker“ oder „Gralshüter der reinen Lehre“ bezeichneten Genossen wird unterstellt, eine „an-

*Fortsetzung von Seite 10*

extremismus in der BRD bei.

Eine kleine Fußnote von Prof. Wolfgang Abendroth, geschrieben in das Stammbuch der Godesberger Reformisten der SPD: „Politische Intelligenz, das zeigt sich immer wieder, haben die Reformisten, die sich kapitalistischen Denkschemata unterwerfen, niemals besessen.“

Jede Diskussion kann weiterhin förderlich sein und wird bestimmt zu einem Ergebnis führen. Was wir im Lebensinteresse unserer Partei aber nicht zur Disposition stellen können, sind der konsequente Antikapitalismus, Antimilitarismus und Antifaschismus.

Unser Freund und Genosse Rainer Rupp, der vor Cottbus massiv unter Druck gesetzt wurde, sein Mandat als Delegierter aus dem Saarland nicht wahrzunehmen, charakterisierte die Situation in Frankreich wie folgt: „Als Beweis für die Ankunft in der westlichen Wertegemeinschaft und ihre Zuverlässigkeit haben die Führer der französischen Kommunisten alle altmodischen Ideen vom proletarischen Internationalismus über Bord geworfen.“

Auch bezüglich der Programmdebatte war auf dem Parteitag in Cottbus die Vorbildwirkung von Bad Godesberg nicht zu übersehen. Das Programm wird als unwesentlich für die Bewegung erklärt, aber nur, um zu verschleiern, daß eine generelle Veränderung der Partei schließlich eines neuen Programms bedarf. Damit wird deutlich, daß das innerparteiliche Leben der in Cottbus ausgerufenen „sozialistischen Volkspartei“ PDS auf die Disziplinierung der Linkskräfte ausgerichtet ist.

Tatsachen sind ein hartnäckig Ding. Daher ist es richtig, von ihnen auszugehen. Aber die wichtigste Tatsache der Politik in der gegenwärtigen Etappe ist die Objektivität des Klassenkampfes. (...) Es ist höchste Zeit, daß der linke Flügel der PDS Mecklenburg-Vorpommern aktiver wird (übrigens für die Damen und Herren vom Verfassungsschutz: Es sind weit mehr als die von Gottfried Timm gezählten 11). Wir müssen organisatorisch und inhaltlich besser zusammenarbeiten. Laßt uns kämpfen für den Fortbestand unserer sozialistischen Ideen.

Ich sage weder „Vive la France“ noch „Ich liebe Deutschland“ - ich sage: „Es lebe die internationale Solidarität!“

*(leicht gekürzter Diskussionsbeitrag auf der 3. Tagung des 6. Landesparteitags der PDS M-V in Greifswald)*

dere Partei“ anzustreben, weil sie darauf bestehen, daß sich die Politik der PDS tatsächlich in Richtung auf eine neue, also sozialistische Gesellschaft bewegen müsse. Was in der Konsequenz bedeute, beim notwendigen Tageskampf um soziale Reformen nicht das Ziel grundlegenden, also revolutionären Wandels aufzugeben - auch wenn die für dessen Zustandekommen unerlässlichen objektiven und subjektiven Bedingungen derzeit nicht bestehen. Was allerdings auch jene in der PDS wissen, denen Sozialismus als bloßes „Firmenschild“ nicht genügt, weshalb sie auf einem eindeutig sozialistischen Charakter ihrer Partei beharren. In den Augen der PDS-„Realos“ ist das aber eine „andere“ Partei, die nicht zur Debatte steht.

Das gleichzeitig geäußerte Verlangen, die PDS müsse anders werden, gründet sich hingegen auf die Konzeption der „Reformer“. Sie wollen damit jenen Prozeß beschleunigen, der auf „Umformung“ der PDS in eine systemverträgliche Partei sozialreformistischer Genügsamkeit hinausläuft und jede gesellschaftsverändernde revolutionäre Option grundsätzlich verwirft. Das aber heißt objektiv, die bereits fortgeschrittene Sozialdemokratisierung der PDS zu vollenden und unumkehrbar zu machen.

Gabriele Zimmer versuchte mit einer ganzen Passage ihrer Parteitagsrede, an der Basis vorhandene Befürchtungen abzubauen. Sie wies den Vorwurf der Sozialdemokratisierung als „nicht hinnehmbar“ zurück, ja sprach gar von „Ablehnung, die PDS zu sozialdemokratisieren“. Dabei widerlegte sie sich selbst: In vielen nämlich bestimmten die von ihr (wenn auch nur höchst unvollständig) aufgezählten typischen Sozialdemokratisierungs-Merkmale längst das politische Handeln von Funktions- und Mandatsträgern der PDS.

Das konstatieren keineswegs nur kritische Beobachter außerhalb der Partei. Pikanterweise bietet reichlich Anschauungsmaterial dafür ein von der PDS-Spitze häufig strapaziertes „Musterbeispiel“ angeblich so erfolgreicher Kombination von politischem Mitgestaltungswillen und sozialorientierter Opposition: Mecklenburg-Vorpommern, das einzige Bundesland mit PDS-Regierungsteilhabe. Unlängst zog eine vom Landesvorstand eingesetzte Arbeitsgruppe Bilanz zweijährigen Mitwirkens als Juniorpartner der SPD. Trotz angestrengten Bemühens, ausreichend Gründe für eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD aufzuspielen, gelangte die Mehrheit der Kommissionsmitglieder zu vielsagenden Negativbewertungen. Manche von diesen liefern die Illustration zu Vorgängen, die Genossin Zimmer den Symptomen der Sozialdemokratisierung zurechnet. So korrespondiert die Feststellung, daß es nicht gelungen sei, „die Opposition der PDS gegen die ... herrschenden kapital- und profitdominierten Gesellschaftsstrukturen deutlich zu machen“, mit jenem Zimmerschen Urteil, Sozialdemokratisierung heiße ... „die bestimmende Rolle der Kapitalverwertung, des Profits“ nicht mehr in Frage zu stellen. Ihr Fazit, damit werde „auch das Ziel Sozialismus aufgegeben“, erfährt ein Echo aus Schwerin, wenn die offizielle PDS-Kommission Anlaß zu einem Appell an ihre Partei sieht, „sozialistische Zielstellungen nicht aufzugeben“. Hinzugefügt wird dem noch die Warnung vor der Gefahr, daß sich die PDS „schneller verändert, als

sie die Gesellschaft verändern kann“.

Und in der Tat - wenn nach zwei Jahren des Mitregierens erklärt werden muß, daß von einem „Politikwechsel, der sich für die Mehrheit der Bevölkerung in spürbaren substantiellen gesellschaftlichen Veränderungen widerspiegelt, ... nicht die Rede sein kann“, dann bedeutet das: der von Gabriele Zimmer erhobene Anspruch, die PDS sei „ein deutliches soziales Korrektiv“, das auf die SPD Druck ausübt, ist ein frommer Wunsch geblieben.

Immerhin herrscht jener Wandel, der in Mecklenburg-Vorpommern mit dem spöttischen Slogan „Prima Klima“ bedacht worden ist. Die Harmonie zwischen dem politikbestimmenden Koalitionär SPD und dem fügsamen Juniorpartner PDS kann als durchaus gelungen bezeichnet werden. Linke Sozialdemokraten (aus dem Warener Kreis) nennen das „die Anpassungsfähigkeit der PDS“. Sie hat sich in Landtag und Kabinett erwiesen. Da tritt der Zusammenhang zwischen der Zimmerschen Formulierung, daß Sozialdemokratisierung auf Parlamentarismus als wichtigsten Weg zur Verbesserung der Lebensbedingungen der eigenen Klientel setzt, und der kritischen Bewertung der Schweriner Kommission, daß sich „PDS-Landespolitik weitgehend auf Regierungspolitik“ reduziere, deutlich zutage. Wenn sich selbst diese Kommission der PDS zu Einschätzungen veranlaßt sieht, die eine weitgehende Demobilisierung der Parteibasis beklagen und das auf passive Erwartungshaltung, Autoritätsgläubigkeit und Resignation als Folgen einseitiger Orientierung der Kabinettsstätigkeit eigener Genossen „auf das Machbare und kaum als Politik Erkennbare“ zurückführen, erscheint die Frage angebracht: Wo ist da eigentlich noch der Unterschied zur traditionellen Sozialdemokratie? „Die PDS hat sich entgegen allen Erwartungen als verlässliche Partnerin erwiesen. Der Preis: Die Aufgabe eigener Politikziele...“, schrieb die Schweriner Volkszeitung am 25./26. 11. 2000.

Als Gregor Gysi im August 1999 unter der Überschrift „Gerechtigkeit ist modern“ mit 12 Thesen seine Marschrichtung für die PDS-Programmkommission vorgab, erkannten politische Profis trotz nebulöser Formulierungen, worauf das Ganze hinauslief. Mecklenburg-Vorpommerns SPD-Landeschef und Ministerpräsident Harald Ringstorff bewertete die Gysi-Thesen sofort als Indiz für „eine Sozialdemokratisierung der PDS“. Diese habe unterdessen „Gedanken von der SPD“ übernommen, sei dabei aber vorerst auf dem Stand von 1975 stehengeblieben. Dennoch frohlockte der sozialdemokratische Spitzenpolitiker: Nun sei „das Revolutionäre“ aus der PDS völlig raus. Und der Juso-Vorsitzende Mikfeld meinte, der von den PDS-„Realos“ eingeschlagene Reformkurs sei „mit sozialdemokratischer Politik durchaus kompatibel“.

Womit die Kernfrage benannt wäre, um die sich heute wie seit dem Dezember 1989 die innerparteiliche Auseinandersetzung in der PDS dreht: Welche Partei will sie sein? Eine Kraft mit gesellschaftsveränderndem Anspruch oder eine sozialreformistische „Partei der Mitte“, die mit dem kapitalistischen System versöhnt und in dieses eingebunden ist? Zurecht hat Gabriele Zimmer sich und andere in Cottbus gefragt: „Wofür steht die PDS eigentlich?“

**Wolfgang Clausner**

# Chinas Kommunisten verteidigen Leninismus

Wenn man die bekanntesten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts auswählen würde, wäre Lenin einer der ersten Kandidaten. Wenn man die einflußreichsten geistigen Strömungen des 20. Jahrhunderts bestimmen würde, gehörte der Leninismus unbedingt dazu.

Lenin hat die bolschewistische Partei und das russische Volk in drei Revolutionen, besonders der sozialistischen Oktoberrevolution, geführt, in der die russische militärfeudalistische, imperialistische Knechtschaft beendet und der erste sozialistische Staat der Welt, in dem das Proletariat die Macht ausübte, geschaffen wurde.

Lenin hat das russische Volk bei der Errichtung der Grundstrukturen des Sozialismus geführt, schöpferisch den Weg rückständiger Staaten zum Sozialismus erkundet, in einem dynamischen Prozeß erste Erfolge erzielt und Erfahrungen gesammelt, den Völkern der Welt die lichte Perspektive des Sozialismus gezeigt und somit die Entstehung und Entwicklung der sozialistischen Strömung im 20. Jahrhundert weltweit vorangebracht.

Lenin hat aktiv an der sozialistischen Weltbewegung teilgenommen, den Kampf der Arbeiterklassen aller Länder unterstützt, er trat gegen die imperialistische Aggressions- und Expansionspolitik auf, hat innerhalb der II. Internationale an den revolutionären Prinzipien festgehalten, sich entschieden mit dem Opportunismus auseinandergesetzt, nach der Oktoberrevolution den Aufbau der Kommunistischen Internationale geleitet, der Gründung, Entwicklung und dem Reifen kommunistischer Parteien in vielen Ländern aufrichtige Hilfe geleistet, den nationalen Befreiungskampf der kolonialen Völker aktiv unterstützt, den Aufschwung der sozialistischen Bewegung und der nationalen Befreiungsbewegung im Weltmaßstab gefördert.

Lenin hat an den Grundprinzipien des Marxismus festgehalten und sie mit der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung der imperialistischen Epoche sowie der revolutionären Praxis Rußlands verbunden, er hat die Erfahrungen der Praxis zusammengefaßt, die Weisheit der Völker komprimiert, den Marxismus schöpferisch angewandt, bereichert und entwickelt, eine Reihe großer theoretischer und praktischer Fragen der sozialistischen Weltbewegung in der Epoche des Imperialismus wissenschaftlich gelöst und somit den Marxismus in die Etappe des Leninismus übergeleitet.

Lenin war nicht nur Lehrer des Weltproletariats, sondern auch aufrichtiger Freund des chinesischen Volkes. Ebenso wie Marx und Engels hat Lenin die Veränderungen in der chinesischen Gesellschaft aufmerksam verfolgt. Ab 1900 hat er eine Reihe wichtiger

Artikel geschrieben, in denen er die Verbrechen der imperialistischen Aggressoren gegen China tiefgründig entlarvt, viele theoretische Fragen der chinesischen Revolution wissenschaftlich analysiert und hohe Erwartungen in die Entwicklungsperspektiven der chinesischen Gesellschaft setzt. Das chinesische Volk hat auf verschiedene Weise die russische Revolution unterstützt. Lenin hat auch der chinesischen Revolution einen strategisch wichtigen Platz zugemessen. Lenin, Sowjetrußland und die Kommunistische Internationale hatten zahlreiche Kontakte und Treffen mit Sun Yat Sen. Lenin ist persönlich mit chinesischen Revolutionären und anderen Persönlichkeiten zusammengetroffen und hat wertvolle Meinungen zur chinesischen Revolution geäußert. Die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert, insbesondere der revolutionäre Prozeß, hat nicht nur davon profitiert, daß der Kanonendonner der Oktoberrevolution den Marxismus-Leninismus brachte, sondern auch von der persönlichen Aufmerksamkeit und Anleitung Lenins. Das wird das chinesische Volk immer im Gedächtnis bewahren. Über die Bewertung Lenins und des Leninismus gab es in den letzten Jahrzehnten in der Welt von Zeit zu Zeit Auseinandersetzungen. Besonders nach den drastischen Veränderungen in der Sowjetunion und deren Zerfall waren die Verdienste Lenins und der Leninismus mit noch ernstere Herausforderungen konfrontiert, sie wurden von vielen Menschen verunglimpft. Die Einschätzung Lenins ist nicht nur eine Frage der Person Lenins, sondern auch eine Frage der Einschätzung der von ihm vertretenen Sache und der von ihm geschaffenen Theorie. Es ist nicht nur eine Frage des Gefühls gegenüber einer historischen Persönlichkeit, sondern eine im höchstem Maße aktuelle, wichtige politische und eine sehr komplizierte, tiefe theoretische Frage. In ihrem Wesen berührt sie die Gesamteinschätzung der Geschichte des Sozialismus im 20. Jahrhundert. Zweifelsohne hatte Lenin auch Fehler. Einige sozialistische Staaten haben später auch Fehler begangen, hatten ernste Deformationen und schließlich geschahen drastische Veränderungen und sie zerfielen. Aber die Ursachen der Evolution historischer Prozesse sind sehr kompliziert. In gewissem Sinne entstanden viele Fehler dadurch, daß die Nachfolger die Grundprinzipien des Leninismus verletzten. Dafür kann man nicht Lenin mit Schmutz bewerfen. Wenn man Lenin und den Leninismus negiert, dann negiert man zugleich die gesamte Geschichte des heldenhaften Kampfes der Kommunisten im 20. Jahrhundert für die Errichtung und den Aufbau des Sozialismus. Angesichts einer so wichtigen prinzipiellen Frage müssen wir eine sehr ernste wissenschaftliche Haltung beziehen und dürfen keinesfalls

die politische Sensibilität und Entschiedenheit verlieren.

Lenin zu studieren und an den Grundprinzipien des Leninismus festzuhalten bedeutet nicht, daß mit Lenin und dem Leninismus der Prozeß der Erforschung der Wahrheit durch die Menschheit abgeschlossen ist. Genau das Gegenteil ist der Fall, der Baum des Lebens ist immergrün, die Wahrheit entspringt der Praxis. Der Marxismus-Leninismus ist kein abgeschlossenes System, sondern eine Wissenschaft, die durch die Praxis unablässig bereichert und weiterentwickelt wird. Das Schiff der Theorie muß im Meer des Lebens der Gesellschaft vorankommen.

Deng Xiaoping sagte: „Man darf nicht von Marx fordern, fertige Antworten zur Lösung von Fragen zur Verfügung zu stellen, die über einhundert Jahre oder mehrere hundert Jahre nach seinem Tode entstanden. Auch Lenin kann nicht die Aufgabe übernehmen, fertige Antworten zur Lösung von Fragen zu geben, die fünfzig oder hundert Jahre nach seinem Tode entstanden sind.“

Den Marxismus-Leninismus zu bereichern und weiterzuentwickeln erfordert einen vitalen kreativen Geist. Theoretische Arbeit ist ihrem Wesen nach eine schöpferische Tätigkeit, sie verlangt, unablässig neue Fragen aufzuwerfen, neues Material zusammenzutragen, neue Bereiche zu erschließen und neue Ideen zu entwickeln, neue Theorien hervorzubringen. Das bedeutet auch, unbekannte Gefilde zu erforschen und noch nicht entdeckte Schätze zu heben.

Wenn Lenin nicht auf der Grundlage der Theorien von Marx Neues geschaffen hätte, wäre er nicht in der Lage gewesen, den Nachfolgern einen Weg zu weisen, der zum Erfolg führt. Erschließen und Neues schaffen sind grundlegende Forderungen der wissenschaftlichen Denkmethode des Marxismus-Leninismus. Der Wert der theoretischen Forschung besteht darin, daß sie immer in der vorderen Linie der Zeit geht und nicht hinter der Praxis zurückbleibt.

Lenin zu studieren bedeutet für die Kommunistische Partei Chinas vor allem, den Marxismus-Leninismus mit den Charakteristika der Zeit und mit der chinesischen Realität zu verbinden, den Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Eigenheiten unablässig voranzubringen. Die Theorie Deng Xiaopings und der Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao Zedongs sind ein einheitliches ideologisches System der gleichen Schule.

**Li Zhongjie**, Forschungsbereichsleiter an der Zentralen Parteihochschule der KP Chinas

Aus: *Qiushi Zazhi* 8/2000 (Theoretische Zeitschrift des ZK) - gekürzt

(Aus dem Chinesischen übersetzt von **Botschafter a.D. Rolf Berthold**)

## Für eine breite Widerstandsfrente in Griechenland

# Klarer Kurs der KKE



Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) - gegründet schon im November 1918 - besitzt eine lange und ruhmreiche Tradition. Hinter

ihm liegen schwere und gefährliche Wegabschnitte. Bis zum September 1974 war sie - mit nur kurzen Unterbrechungen - in der Illegalität. Als Griechenland zunächst von Mussolini und dann von den Hitlerfaschisten überfallen wurde - damals befanden sich viele Kommunisten in den Gefängnissen und im Exil, nachdem im August 1936 die Metaxas-Diktatur errichtet worden war -, griff das Volk unter Führung der KKE zu den Waffen. Britische und später amerikanische Imperialisten hinderten die Griechen daran, die Früchte ihres Sieges zu ernten. Erneut griff die Reaktion, die sich auf ein monarcho-faschistisches Regime stützen konnte, zu blutiger Repression. Die Kommunisten, gegen die sich schwere Schläge richteten, wurden gezwungen, den bewaffneten Kampf fortzusetzen. Er endete mit einer Niederlage. Während sich ein Teil der Kämpfer ins Ausland zurückziehen konnte, wurden Tausende eingekerkert und viele ermordet. Die griechischen Gefängnisinseln in der Ägäis verwandelten sich in ein Synonym für Unterdrückung. Damals kämpfte die internationale Arbeiterbewegung für die Rettung des KKE-Führers Nikos Beloyannis, der trotz weltweiter Proteste 1952 hingerichtet wurde, und vieler anderer Genossen.

Im April 1967 zwang der Imperialismus dem griechischen Volk die Militärdiktatur der Schwarzen Obristen auf. Die KKE ging abermals in den Untergrund. Unter den schwierigen Bedingungen des bis 1974 herrschenden faschistoiden Regimes kam es zu einer Spaltung - revisionistische Kräfte trennten sich unter der Bezeichnung KKE (Inland) von der Partei. Dennoch vermochten die am Marxismus-Leninismus festhaltenden Verteidiger der Partei dem Widerstand mächtige Impulse zu verleihen.

Kommunisten standen in den ersten Reihen bei der Verteidigung der Rechte von Arbeitern und Studenten. 1989 formierte sich auf Initiative der KKE die Koalition der Linken und des Fortschritts (Synaspismos). Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa kamen auf die KKE neue Belastungsproben zu. Eine Gruppe führender Kader unternahm den Versuch, die Partei zu liquidieren. Nachdem diese unter dem irreführenden Namen „Synaspismos“ eine neue Partei gebildet hatten, zog sich die KKE aus der Koalition zurück. Nach Überwindung auch dieser Krise hat sich die KKE, die als einzige

Partei Griechenlands Maastricht und die Erweiterung der EU ablehnte, auf marxistisch-leninistischer Grundlage konsolidiert. Ihr 15. Parteitag beschloß ein neues Programm und ein neues Statut. Auf Initiative der KKE, die eine führende Rolle bei der Verstärkung internationaler Kontakte zwischen kommunistischen und Arbeiterparteien spielte und spielt, hat in Athen inzwischen eine Reihe bedeutsamer Beratungen stattgefunden.

Im Dezember 2000 tagte der 16. Parteitag der KKE. Im Hauptdokument, das der Kongreß annahm, wird die NATO als „globaler Terrorist“ bezeichnet, die die Vereinten Nationen unterjocht habe. Das gleiche treffe auf die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE) zu, die innerhalb des Rahmens imperialistischer Politik agiere. Das habe sich beim verbrecherischen Überfall auf Jugoslawien gezeigt. Die EU wird als „Wachhund monopolistischer Interessen in Europa“ bezeichnet, der sich in einen mit den USA konkurrierenden „globalen Wachhund“ verwandle. Die KKE stellt fest, daß der „klassenlose Begriff „Globalisierung“ benutzt werde, „um die Klassennatur des internationalen imperialistischen Systems zu verschleiern und den Eindruck zu erwecken, als gebe es nur einen Weg zur Internationalisierung - den kapitalistischen“. Die Theorien von der „Globalisierung“ seien dem proletarischen Internationalismus und der internationalistischen Solidarität gegenüber „absolut feindlich“.

Wichtig sind auch die Einschätzungen, die der 16. Parteitag zur internationalen kommunistischen Bewegung vorgenommen hat. Diese bleibe trotz des in einigen Ländern erzielten Fortschritts, organisatorisch und ideologisch in Teile zerfallen. Der ideologische Kampf in ihren Reihen zwischen opportunistisch-reformistischen und revolutionär-kommunistischen Kräften sei besonders intensiv. Hauptstreitpunkte bildeten die Frage der „Zeitgemäßheit des Marxismus-Leninismus“ und die Strategie der kommunistischen und Arbeiterparteien während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, und zwar unter Bedingungen des zeitweiligen Sieges der Konterrevolution und eines ungünstigen Wandels im internationalen Kräfteverhältnis. Die Trennlinie verlaufe zwischen „Widerstand-Opportunistik“ zum System des Imperialismus und „Anpassung-Integration“ ihm gegenüber. Es gehe auch um die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse, die Gesetze der sozialistischen Revolution und die Bewertung der tieferliegenden Gründe für den Sieg der Konterrevolution Ende der 80er Jahre. Das Problem sei in den Parteien der mächtigen imperialistischen Länder am akutesten. Am härtesten habe der Sieg der

Konterrevolution die kommunistische Bewegung in den früher sozialistischen Ländern getroffen.

Die KKE stellt im Hauptdokument ihres Parteitages „die Notwendigkeit einer ideologischen Gegenoffensive der kommunistischen Parteien“ fest. Der Klassenkampf müsse internationalisiert und dem Imperialismus weltweit Widerstand geleistet werden. Von größter Bedeutung sei die ideologische und politische Einheit auf der Basis des Marxismus-Leninismus. Theorien des Eurokommunismus und des sogenannten demokratischen Weges zum Sozialismus hätten sich als schädlich erwiesen.

Für Griechenland schlägt die Partei die Schaffung einer Antiimperialistischen, Antimonopolistischen Demokratischen Front des Kampfes (AADF) vor, die sich auf das Bündnis der Arbeiterklasse mit kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Land, die von den Monopolen bedrängt werden, gründen soll. Die KKE müsse durch ihr Vorbild und ihre Aktion die führende Rolle in dieser sozial, ideologisch und politisch heterogenen Front erringen.

Zur Einschätzung der gegenwärtigen politischen Kräfte bemerkt die KKE: Die sozialdemokratische PASOK und die konservative Neue Demokratie seien ungeachtet ihrer Differenzen und ihres unterschiedlichen historischen Ursprungs Parteien, die gleichermaßen den Interessen der Monopole und der imperialistischen Verbände diene. Es gehe darum, den politischen und ideologischen Einfluß beider zu schwächen. Die (international der PDS nahestehende - S. R. ) Partei Synaspismos nehme programmatisch und praktische Positionen ein, die sie in die Nähe der PASOK rückten. Ihre Haltung zu der ins Auge gefaßten Front sei ablehnend. Sie unterstütze das imperialistische EU-Projekt und stimme der westlichen Politik der Durchdringung des Balkans zu. Zur griechischen Gewerkschaftsbewegung wird festgestellt: Während sich die Führung der GSEE (Allgemeine Vereinigung der Griechischen Arbeiter) und des Angestelltenverbandes (ADEDY) am herrschenden System ideologisch orientiere, wüchsen die Rolle und das Gewicht der Panhellenischen Militanten Arbeiterfront (PAME), die den Klassenkampf bejaht und gemeinsame Aktionen fördert. Sie habe sich für die Schaffung der Antiimperialistischen, Antimonopolistischen Demokratischen Front ausgesprochen.

Der 16. Parteitag der KKE, der in einer Atmosphäre der Einheit und Geschlossenheit verlief, ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der griechischen Kommunisten zu größerem Einfluß in der Gesellschaft ihres Landes. Dieser soll nicht durch eine Politik des Stillhaltens und Augenzwinkerns, sondern durch eine klare revolutionäre Positionen errungen werden.

S. R.

## Portugals PCP bleibt marxistisch-leninistisch

# Cunhalisten behielten Oberhand

Im Oktober-„RotFuchs“ haben wir über Entwicklungen in der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) berichtet und den Versuch revisionistischer Kräfte um das langjährige Mitglied der Politischen Kommission, den ehemaligen „Avante“-Direktor, Carlos Brito, geschildert, die im Verhältnis zur Bevölkerungszahl größte KP Westeuropas auf den Weg des Eurokommunismus und der Preisgabe des Marxismus-Leninismus zu drängen. Wir hatten darauf verwiesen, daß der im Dezember anstehende XVI. Parteitag der PCP zu einem Kräftemessen in dieser Frage werden und daß viel davon abhängen dürfte, ob der frühere Generalsekretär Álvaro Cunhal - ein standhafter Revolutionär - trotz seines Alters und schwerer Erkrankung zu den Delegierten sprechen könne.

Inzwischen hat der Parteitag stattgefunden. Das Fazit: Die Hoffnungen antikommunistischer Kräfte des In- und Auslands - mit den sich in Spekulationen ergehenden bürgerlichen Medien Portugals an der Spitze -, die PCP werde den in Italien und Frankreich eingeschlagenen Weg der Selbstliquidierung kommunistischer Parteien beschreiten, haben sich nicht bestätigt. Das Gegenteil war der Fall: Die fast 1 700 Delegierten, die - nach neuesten Zahlenangaben - 131 000 Kommunisten vertraten, entschieden sich mit überwältigender Mehrheit für ein Festhalten am bewährten Kurs und am proletarischen Klassencharakter der Partei. Der 87jährige Álvaro Cunhal war nicht zugegen; doch er rechnete in einer durch den bekannten Schauspieler Moraes e Castro brillant vorgetragenen Rede mit jenen ab, die die schon 1921 gegründete PCP auf den Irrweg der Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft führen wollen. In der renommierten „Neuen Zürcher Zeitung“ konnte man am 12. Dezember 2000 lesen: „Euphorisch applaudierten die Delegierten mehreren klaren Absagen Cunhals an Bestrebungen zur Erneuerung von Westeuropas einflußreichster kommunistischer Partei. Er beschwor den Marxismus-Leninismus und gab sich davon überzeugt, daß die PCP eine große und ihres Namens würdige Partei bleiben werde.“ Die NZZ verwies darauf, daß das von den Kommunisten geführte Bündnis CDU (Coligação Democrática Unitária) bei der Parlamentswahl von 1999 rund 9 % der Stimmen erhalten habe und 41 von etwas über 300 Kreisverwaltungschefsstelle. Die PCP besitze in den Gewerkschaften starken Einfluß und zähle auch Prominente aus dem Kulturleben, allen voran den Literaturnobelpreisträger José Saramago, zu den ihren.

Werfen wir einen kurzen Blick zurück: In den drei Monaten vor dem 16. Parteitag fand im Zentralorgan „Avante“ eine große Debatte zu den „Thesen“ - dem Hauptdokument des Kongresses - statt. Woche für Woche brachte die Zeitung Wortmeldungen - am Ende waren es Hunderte von Meinungsäußerungen aus dem ganzen Land. „Alle, aber auch alle“ eingegangenen Beiträge habe man veröffentlicht, erklärte PCP-Generalsekretär Carlos Carvalhas, der nach Meinung von Beobachtern eine eher zentristische Position einnimmt. Die übergroße Mehrheit der Einsender sprach sich für die Verteidigung kommunistischer Prinzipien aus. So schrieb z. B. Manuel Tomás aus Setúbal: „Den Marxismus vom Leninismus zu trennen, die Bewunderung von Marx bei gleichzeitiger Mißachtung Lenins vorzutäuschen, heißt, die Anwendung der Theorie auf die Praxis fallenzulassen.“ Der zur Zeit in Havanna

lebende bekannte portugiesische Publizist Miguel Urbano Rodrigues stellte fest: „Die jüngste Geschichte der inneren Kämpfe in einigen kommunistischen Parteien, besonders Europas, demonstriert, daß die Projekte der ‘Modernisierer’ - quasi ohne Ausnahme - die Zerstörung dieser Parteien oder deren Umwandlung in sozialdemokratische Parteien zur Folge hatten... Die Erneuerung der PCP führt nicht über die Aufgabe ihres Charakters, über einen Widerruf der Prinzipien und Werte, ohne die ihre Existenz jeden Sinn verlieren würde.“

Der XVI. Parteitag bewies die Standfestigkeit einer in 48 Jahren Illegalität unter dem Faschismus und in den sturmerfüllten Zeiten der portugiesischen Revolution von 1974/75 gestählten kommunistischen Avantgarde. Die innerparteiliche Opposition wurde bei den Abstimmungen eindeutig geschlagen. Von den nahezu 1 700 Delegierten votierten nur 58 gegen die 189 Mitglieder des Zentralkomitees, 63 enthielten sich der Stimme. Die „Thesen“ wurden bei 29 Gegenstimmen und 45 Enthaltungen angenommen. In die Politische Kommission zogen 6 Neulinge ein. Einige bekannte politische Verbündete von Carlos Brito, der auf eigenen Wunsch aus dem ZK ausgeschieden ist, sind in ihr nicht mehr vertreten, obwohl auch die „Erneuerer“ - in verkleinerter Zahl - berücksichtigt wurden. Im Sekretariat ist das Verhältnis zwischen Marxisten-Leninisten und „Renovadores“ - folgt man der Zeitung „O Público“ - jetzt 7 : 2. Generalsekretär Carlos Carvalhas wurde wiedergewählt - ein deutliches Signal dafür, daß die Partei ihre organisatorische Einheit nicht aufs Spiel setzen möchte.

Während der kommunistische Fraktionsvorsitzende Octávio Teixeira und weitere PCP-Parlamentarier, die zu den „Parlamentären“ tendieren, die Forderung erhoben, sich „in die Gesellschaft zu öffnen“ und Kurs auf eine Koalition mit der rechtssozialdemokratischen PS zu nehmen, wies die Mehrheit der Delegierten solche Ansinnen zurück. Sie folgte der Forderung Álvaro Cunhals: Der Marxismus-Leninismus ist die Ideologie der PCP und ihre Bündnispolitik auf die Massen gerichtet, die rote Fahne mit Hammer und Sichel bleibt das Symbol der Partei. Er hatte auch darauf verwiesen, daß Portugal vor dem Parteitag eine der heftigsten antikommunistischen Kampagnen aller Zeiten erlebt habe. Die Medien seien zur „Tribüne derer, einschließlich gewisser Parteimitglieder, geworden, die möchten, daß die PCP aufhört, das zu sein, was sie ist“.

„In der immernoch recht starken Position der PCP sieht heute nicht nur ein Großteil der alten Garde die Bestätigung dafür, daß sich die Prinzipientreue gelohnt hat“, konzedierte selbst die „Neue Zürcher Zeitung“.

Kurz nach dem Parteitag rief ich zwei meiner langjährigen persönlichen Freunde in Lissabon an: den früheren „Avante“-Direktor António Dias Lourenço, der 17 Jahre in den Gefängnissen Salazars und Caetano zubrachte, und den Ministerpräsidenten der Revolutionszeit, General Vasco Gonçalves. Beide, die an dem Parteitag teilgenommen hatten, bestätigten mir übereinstimmend: Die PCP hat sich von den „Erneuerern“ nicht einseifen lassen, sondern ist - gestützt auf ihre bewährte und erfahrene Basis - zur Offensive angetreten.

Dabei wird sie auch in Zukunft Konflikte austragen

müssen, zumal beide Strömungen - wenn auch in veränderter Stärke - nach wie vor in den Führungsgremien vertreten sind. Doch die vom Klassenfeind als „orthodox“ bezeichneten Marxisten-Leninisten besitzen eindeutig das Übergewicht. Enttäuscht zeigte sich die Bourgeoisie. Ihr Blatt „O Público“ mußte nach dem dritten Beratungstag verblüfft konstatieren: „XVI. PCP-Kongreß: Cunhalisten siegten an allen Fronten.“

Klaus Steiniger

## KP Kanadas gewann offiziellen Parteistatus zurück

# Niederlage für Ottawa

Ein wichtiger Vorgang der kanadischen Innenpolitik ist in Europa bisher kaum vermeldet worden. Zu den Bundeswahlen am 27. November 2000 hatte die KP Kanadas (CPC) erstmals seit 1993 wieder mehr als 50 Kandidaten nominiert, was ihre automatische Rückkehr in die Liste der offiziell und bundesweit registrierten politischen Parteien sicherte. Eine registrierte Partei zu sein bringt in Kanada eine Reihe von Vorteilen mit sich: Der Parteiname erscheint auf dem Stimmzettel; Spendenbescheinigungen dürfen ausgegeben werden; der Partei wird Sendezeit in Rundfunk und Fernsehen zugestanden. Die Wiederherstellung des offiziellen Status der CPC führte zu beachtlicher Medien-Aufmerksamkeit. Am 2. November gab der Leader der kanadischen Kommunisten, Miguel Figueroa, auf dem Parlamentshügel eine viel beachtete Presskonferenz.

Während manche Details im Rahmen eines beim Obersten Gerichtshof anhängigen Verfahrens noch geklärt werden müssen, hat sich die Lage für die CPC deutlich entspannt. Im Frühjahr 1993 war von der konservativen Regierung Mulroney mit Unterstützung aller anderen Parlamentsparteien eine Reihe von Ergänzungen zum kanadischen Wahlgesetz durchgebracht worden. Damit stiegen die einzuzahlenden Kautionen für jeden Kandidaten von 200 auf 1 000 Dollar. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß Bundesparteien ihren Status verlieren würden, wenn sie bei allgemeinen Wahlen weniger als 50 Bewerber aufstellten. In einem solchen Falle war sogar die Beschlagnahme des Parteivermögens vorgesehen. Diese „Amendments“ (Ergänzungen) trafen besonders die kleinen Parteien. Der CPC, die 1993 nur 8 Kandidaten aufgestellt hatte, drohten drastische Maßnahmen. Sie sah sich zur Offenlegung ihrer Finanzen und Vermögenswerte verpflichtet, wobei im Weigerungsfalle Gefängnisstrafen für die Parteiführer angedroht wurden. Die CPC brachte die Provokation sofort an die Öffentlichkeit und wandte sich an die Gerichte. Auch liberale Abgeordnete des Parlaments wie Anna Terrana, die Tausende Unterschriften präsentierte, nahmen an dem Kampf gegen die Bundesrepressalien teil. Im März 1999 befand eine Richterin in Ontario, daß verschiedene Abschnitte des Wahlgesetzes illegal seien. Sie entschied, daß die vorgegebene Zahl der aufzustellenden Kandidaten auf 2 verringert werden sollte, und daß die Kautionen, von denen bisher die Hälfte verfiel, hundertprozentig zurückgezahlt werden müßten. Die Behörden in der Landeshauptstadt Ottawa leisteten Widerstand. Der liberale Premier Chretien beharrte auf der Forderung, 50 Kandidaten müßten aufgestellt werden, und ließ das Wahlgesetz erneut verändern. Doch mit der Benennung von 52 Kandidaten, für die über 8 000 Unterschriften gesammelt wurden, durchbrach die CPC die Schranken der Diskriminierung. Die 52 000 Dollar, die sie für ihre Bewerber eingezahlt hatte, wurden ihr z. B. vollständig erstattet.

Wir beglückwünschen die kanadischen Kommunisten und ihre Zeitung „People's Voice“ zur Wiederherstellung ihrer vollen Legalität!

R. F.

## Vom 31. Parteitag der KP Österreichs in Wien

# Baier-Flügel in Nöten

Am 8. und 9. Dezember 2000 fand in Wien der 31. Parteitag der KPÖ statt. Seit September kreiste die Diskussion um ein von der Parteiführung vorgelegtes politisches Papier. Bis zuletzt hatte die vom rechten Flügel kontrollierte engere Spitze durch kosmetische Veränderungen den Anschein erwecken wollen, Inhalte eines vorgelegten alternativen Entwurfes linker Kräfte der KPÖ aufzunehmen. Zugleich wurden Genossen, die sich um das Zustandekommen dieses alternativen Papiers bemüht hatten, angegriffen und in der Parteipublikum desavouiert. Das blieb allerdings ohne große Wirkung. Wie Herbert Kandel in der „neuen Volksstimme (nVs)“ schrieb, zeigten die Wortmeldungen auf dem Parteitag, „daß es, sieht man von einer kleinen ‚Fan-Gemeinde ab, die auch bereit gewesen wäre, ein Kochrezept zur Annahme zu empfehlen, fundierte Vorbehalte gab. Massiv wurden marxistische Positionen eingefordert“.

Auf die von der Zeitschrift der österreichischen Marxisten-Leninisten in Nr. 3/2000 gestellte Frage „Liquidation oder Neubesinnung?“ wurde auf diesem Parteitag zwar keine endgültige, aber eine eindeutig tendenzielle Antwort gegeben. Schon im Vorfeld waren die revisionistisch-liquidatorischen Positionen der Parteirechten nicht allein auf Ablehnung, sondern auch auf qualifizierte Widerlegung gestoßen. Das ging aus vielen Diskussionsbeiträgen in der „Volksstimme“-Beilage „Argument“ hervor. Auch ein Thesenpapier von 11 links-

stehenden Mitgliedern des Bundesvorstandes hatte für lebhaftere Debatten gesorgt. All das war für die engere Parteiführung Veranlassung, das von ihr in die Diskussion eingebrachte Dokument kosmetisch zu behandeln. Schlimmste Auswüchse von Geschichtsrevisionismus wurden heraus-, einige kritische Passagen und ergänzende Bemerkungen hingegen genommen.

Die „nVs“ kommentierte: „Die Hoffnung, damit einer ideologischen Auseinandersetzung auf dem Parteitag zu entgehen, wurde zunichte, hatte sich am Grundcharakter des Papiers doch nichts geändert.“ Um einem Durchfallen der vom 30. Parteitag in Auftrag gegebenen programmatischen Vorlage zu entgehen, stellte sie die Parteiführung überhaupt nicht zur Abstimmung. Sie soll nun als Arbeits- und Diskussionsmaterial dienen. Wie die „nVs“ bemerkte, sei das ein „eklatantes Zeugnis ideologischer Leere“.

Während die Abstimmungen über Anträge unterschiedlich ausfielen, bot die Wahl des neuen Bundesvorstandes ein klares Bild. Der bisherige Vorsitzende Walter Baier und seine Stellvertreterin Heidi Ambrosch - beide vom rechten Parteiflügel - konnten sich nur knapp wieder in den neuen Vorstand hineinretten. Auch auf die Wiener Landesvorsitzende Waltraud Stiefsohn entfielen nur 61,5 % der Stimmen.

Wichtig war das ausgesandte Signal: So nicht weiter! In diesem Sinne trat eine Reihe junger

Genossinnen und Genossen auf, die sich sowohl an der großen Kampftradition der KPÖ als auch an Notwendigkeiten des heutigen Klassenkampfes orientieren.

„nVs“: „Das Wichtigste, das der Parteitag gezeigt hat: Es gibt einen Riß, aber noch keinen Bruch. Die Probleme liegen offen auf dem Tisch... Das argumentative ‚Lotterbett‘ scheinbarer Unersetzlichkeit, auf dem führende Funktionäre geruhsam zu ruhen glaubten, ist schleißig geworden...“

Voraussetzungen für ideologische Neubesinnung mit praxisorientiertem Parteiverständnis sind gegeben und personell abgesichert.“

Noch ist in der KPÖ nichts entschieden. Auch der rechte Parteiflügel konnte Heu in die Scheune bringen. Das zeigte sich sowohl im Wahlverhalten - immerhin kamen die exponiertesten Funktionäre wieder durch - als auch in der Bestätigung der Ausschlüsse solcher Parteilinker wie Otto Langer und Ronald Freysinger. Wie die „nVs“ meinte, hätten „gezielte Stimmungsmache und Ablenkung von der Realität der anstehenden Problematik“, wie sie von der engeren Parteiführung betrieben worden seien, in gewisser Weise funktioniert.

Der 31. Parteitag der österreichischen Kommunisten hat - alles in allem - den Beweis geliefert, daß die großen Zeiten der KPÖ von vielen Genossinnen und Genossen in Ehren gehalten werden.

**R. F. (gestützt auf „nVs“)**

## Die Schilps sammelten Hilfsgüter im Millionenwert

# Botschafter der Liebe

Karl und Martine Schilp sind zwei einfache deutsche Bürger aus Friedrichsthal (Saarland). Sie kamen mit dem Herzen voller Solidarität nach Holguin. Sie ist Sekretärin in einem Architekturbüro, er in einem staatlichen Betrieb der Kohleförderung beschäftigt. Sie sind hier, weil sie das revolutionäre Werk Cubas lieben. Martine arbeitet 12 Stunden am Tag und ihre Freizeit widmet sie dem Briefeschreiben an ihre Landsleute. Sie bittet um Hilfe für die Insel. Die Antwort läßt nicht lange auf sich warten. Durch ihre Hände gehen alle Spenden, die sie auswählt und danach verpackt, um sie auf den Weg nach Cuba zu bringen. Karl, ihr Ehemann und großer Mitstreiter, hilft ihr viel bei diesem Akt des tiefen Humanismus.

Die Blockade verhindert die Einfuhr von Medikamenten in unser Land, aber jedes Mal wächst die Sendung der Solidarität in unglaublichem Maße. Vor 12 Jahren begannen sie dieses Unterfangen. Jetzt ist die Fracht auf mehr als eine Million Dollar angestiegen. Es handelt sich um Medikamente, die von den Krankenhauspatienten dringend benötigt werden und für jene bestimmt sind, die für ihr Leben besonders schwerwiegende Diagnosen gestellt bekommen. Es fehlt auch

nicht an medizinischer Ausrüstung für Einrichtungen des Gesundheitswesens.

„Wir sind überzeugte Sozialisten. Als wir das erste Mal Cuba besuchten, wollten wir seine Wirklichkeit kennenlernen. Damals beschlossen wir, uns für eine Hilfskampagne zugunsten Cubas in Deutschland einzusetzen. Dafür standen wir ein und werden wir immer eintreten, sagt Martine. Sie können die nordamerikanische Blockade gegen die Insel einfach nicht hinnehmen. „Es ist ungerecht und grausam. Deshalb nimmt die Zahl der Menschen in der Welt, die mit Cuba sympathisieren, die seine Stärke gegenüber einem mächtigen Land, seinen Widerstand gegenüber inneren Schwierigkeiten bewundern, immer mehr zu“, bekräftigt Karl. Jahr für Jahr kommen sie zurück, und sie reisen ab mit Anekdoten und neuen Gefühlen im Gepäck, um sie mit Hunderttausenden



Deutschen zu teilen, die sich bereits der Sache angenommen haben - als unersetzbare Botschafter der Liebe zu Cuba.

**Mildred Legrá Colón**

(Übersetzung aus der cubanischen Zeitung „Ahora“, 30. 11. 2000)

## Tatkräftige Solidarität der DKP

Nach der Errichtung der Familienarztpraxis „Tamara Bunko“, des Reha-Zentrums „Ernesto Buschmann“ und der Doppel-Familienarztpraxis „Celia Sánchez Maduley“ in Matanzas wird die DKP im Herbst 2001 in Cárdenas mit dem Umbau einer alten Schule zu einer Kinder-Rehabilitationsklinik beginnen. Alle Objekte wurden und werden aus Spendenmitteln finanziert.

## Gegen die Beerdigung der FKP auf italienische Art

## Thorez-Erben setzen sich zur Wehr

Das Jahr 2000 war für die französischen Kommunisten reich an denkwürdigen Jubiläen. Sie begingen den 80. Jahrestag der Gründung der FKP (P. C. F.) in Tours und den 100. Geburtstag von Maurice Thorez, der ihre Partei in drei stürmischen Jahrzehnten geführt hatte. Auf Initiative des Genossen Georges Gastaud von der Coordination des Militants Communistes du P. C. F. - einer führenden Gruppe der innerparteilichen Opposition gegen den verräterischen und liquidatorischen Kurs der Führung um Robert Hue - fand am 17. Dezember 2000 in Paris eine Begegnung statt, die noch einmal beiden Jahrestagen gewidmet war. Sie stand unter dem Motto: „Der Zukunft zugewandt, mit kritischem Geist, aber ohne Selbstzerfleischung, übernehmen wir die revolutionäre Geschichte der PCF“.

Unter jenen, die zu der Begegnung aufgerufen hatten, befanden sich der Abgeordnete Georges Hage, Pierre Thorez, Jean-Claude Danglot, Vorsitzender der Föderation Pas-de-Calais der PCF, René Lefort von der Coordination, der Philosoph Domenico Losurdo (Italien) und der Schriftsteller Henri Alleg („Die Folter“). Georges Gastaud nannte gegenüber der Zeitschrift „Initiative Communiste“ einige Gründe des Treffens. Es handle sich nicht um Rückwärtsgerwandheit oder Nostalgie; vielmehr gehe es um die Sammlung aller Kräfte, die den revolutionären Weg der Partei weitergehen wollten. Der PCF müsse wieder eine politische Perspektive eröffnet werden. Dazu sei der Kampf gegen den Geschichts-revisionismus unabdingbar. Nach dem Verschwinden der UdSSR habe eine Weltkampagne zur Kriminalisierung des Oktober 1917 und der ersten sozialistischen Erfahrung in der Geschichte eingesetzt. Die Revisionisten wollten das Gedächtnis der Arbeiterbewegung und mit ihm das revolutionäre Projekt zerstören. Es gehe um die Bewahrung des Klasseninhalts der kommunistischen Bewegung, um die Neuformierung einer Avantgardepartei. Deshalb müßten sich die Kommunisten zu ihrem ganzen Erbe bekennen.

Jean-Claude Houseaux betonte, es gehe darum, den Marxismus und den Leninismus, die von den Zerstörern der Partei unter dem Mantel der „Modernität“ aufgegeben worden seien, am Leben zu erhalten und unter den neuen Bedingungen unserer Zeit anzuwenden.

Seit dem ersten Treffen der FKP-Opposition, das auf Initiative des Abgeordneten Georges Hage im Februar 2000 in der Pariser Kundgebungsstätte Mutualité stattgefunden hatte, sind die Marxisten-Leninisten in der Partei ein gutes Stück vorangekommen. Inzwischen hat sich die linke Opposition überall im Lande formiert. Nach Meinungsumfragen schrumpft die Mehrheit der Hue-Anhänger. Inzwischen betrachten nur noch 55 % der Kommunisten die PCF als revolutionär, eine starke Minderheit (45 %) stellt das in Frage. Unterdessen hat sich ein etwa 60 Genossinnen und Genossen umfassendes

Collectif national unitaire des Communistes als Organ der Zusammenführung verschiedener oppositioneller Gruppen innerhalb der Partei gebildet. Es wurde am 20. Mai 2000 auf einem Treffen von Abgesandten aus allen Föderationen formiert.

Das Ziel des Kampfes besteht vor allem in der Verhinderung einer Situation, in der die gegenwärtige Führung der PCF die Partei nach italienischem Vorbild liquidiert. Obwohl innerhalb der Opposition noch unterschiedliche Vorstellungen, vor allem über taktische Fragen, bestehen, sind sich alle Beteiligten in Grundfragen einig: in der Zurückweisung von Maastricht, in der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, in der Ablehnung jeglicher Unterwerfung unter die NATO, in der Zurückweisung der imperialistischen Rekolonialisierung des Balkans, in der Forderung nach Austritt aus der Regierung. Gemeinsames Anliegen ist es, Front zu machen gegen die Kriminalisierung der kommunistischen Vergangenheit und sich auf einer Klassenbasis für den Sozialismus zu schlagen. Die neugeschaffene Gruppierung steht allen französischen Kommunisten offen.

„Der Klassenbruch führt mitten durch die Partei“, schrieb Frédérique Houseaux in „Initiative Communiste“. Und Georges Gastaud stellte die Frage: „Ist die Fortsetzung der PCF dasselbe wie das ewige Weitermachen in der Partei von Robert Hue?“ Man müsse heute ohne Tabus über die notwendige politische und letztlich auch organisatorische Abgrenzung zwischen den der Sache der Werktätigen treuen Kommunisten und gewissen Führern, die dem Kapitalismus ihre Loyalität beteuerten, debattieren. Der Prozeß der Abgrenzung ergebe sich objektiv aus dem unversöhnlichen Klassenantagonismus, auch im Rahmen der PCF selbst, zwischen revolutionärer und reformistischer Orientierung. Diese Abgrenzung habe sich nach dem letzten Parteitag beschleunigt. Das Verbleiben in der Partei erfolge mit dem Ziel, ein Maximum an Mitgliedern der Basis zusammenzuführen, um den reformistischen Führern, die den Apparat kontrollierten, die Legitimität der PCF und deren Erbe streitig zu machen. Der Geist des Gründungsparteitages von Tours im Jahre 1920 und das marxistisch-leninistische Vermächtnis von Maurice Thorez müßten bewahrt bleiben.

R. F.

(gestützt auf „Initiative Communiste“)



## Belgische Stahlwerker brauchen Solidarität

## Ein Herz für Clabecq

Seit Jahren stehen die belgischen Stahlarbeiter der Forges de Clabecq in einem erbitterten Kampf für ihr Recht. Zuerst verteidigten sie ihre Arbeitsplätze gegen die drohende Schließung, dann trugen sie ihre Aktionen auf die Straße. Zehntausende kamen ihnen zu Hilfe. Nachdem sie aus Protest gegen die Überwachung ihres Meetings durch eine Polizeikamera ein Gebäude gestürmt und dem Terror der „Ordnungsmacht“ die Stirn geboten hatten, wurden 13 von ihnen - darunter ihre Führer Roberto D'Orazio und Silvio Marra - am 24. November 1998 in einem Schauprozeß zur Abschreckung des Proletariats vor ein Tribunal gestellt. Als dieses Verfahren schließlich nach zwei Versuchen zusammengebrochen war, entschied das Appellationsgericht in Brüssel am 22. November 2000, den gesamten Prozeß gegen die „13 von Clabecq“ neu aufzurollen. Die belgische Arbeiterklasse erfaßte eine Woge der Solidarität. Das Haus der Gewerkschaftszentrale FGTB, deren sozialdemokratische Führer den von der Klassenjustiz verfolgten Kollegen ihre Verbundenheit verweigerten, wurde von Hunderten besetzt. Die Partei der Arbeit Belgiens (PTB) rief die Aktion „Ein Herz für Clabecq“ ins Leben. Die engagierten Spenden sollen der Verteidigung der angeklagten Stahlwerker dienen.

Der „RotFuchs“, der sich in die Solidaritätskampagne einreicht und den vor Gericht gestellten Klassenkämpfern revolutionäre Grüße übermittelt, wird über den weiteren Verlauf der Ereignisse berichten.



„Aber Monsieur, das ist doch mein Feuerzeug ...“

„Wenn ich sage, das ist ein Molotow-Cocktail, dann ist das ein Molotow-Cocktail!“ (aus „Solidaire“)



*Israelisches Kommunistisches Forum:*

# Schluß mit dem Terror!

Das Israelische Kommunistische Forum hat am 11. Dezember 2000 eine Erklärung abgegeben, aus der wir zitieren:

... Die Palästinenser setzen ihren heroischen Kampf mit mageren Mitteln in ihren Händen fort. In dessen Verlauf greifen sie im Zuge der Selbstverteidigung gegen die beispiellose Gewalt, die von der israelischen Besatzerarmee angewandt wird, zu Aktionen, bei denen israelische Militärs und Zivilisten getötet werden. Auch sie sind als Opfer der kriminellen Politik der israelischen Regierung zu betrachten. Der Kampf der Palästinenser für nationale Befreiung gegen eine mit den modernsten Waffen der Welt ausgerüstete Armee ist gerecht. Die Ereignisse der letzten Monate beweisen einmal mehr, daß Israel ungeachtet seiner ganzen militärischen Macht niemals dazu imstande sein wird, das palästinensische Volk zur Einstellung seines gerechten Kampfes und zur Aufgabe seiner grundlegenden nationalen Rechte zu zwingen.

Vor diesem Hintergrund ist der am 9. Dezember erfolgte Rücktritt von Premierminister Ehud Barak, mit dem man zu vorgezogenen Wahlen für das Amt des Regierungschefs und möglicherweise auch für die Knesset gelangen will, ein weiteres Zeichen des Scheiterns der Regierung. Die blutigen Ereignisse in den okkupierten Gebieten, die zu den Mißerfolgen an der sozialen und ökonomischen Front hinzukommen, sowie Baraks unglaubwürdiges politisches Manövrieren, haben seinen Rücktritt und die vorgezogenen Wahlen bewirkt. Die Opposition des rechten Flügels nutzt diese Situation kräftig aus.

Es sollte zur Kenntnis genommen werden, daß die Israelis nach allen Meinungsumfragen zu 60 % die Unterzeichnung eines Friedensver-

trages mit den Palästinensern unterstützen. Wenn die Barak-Regierung vor den Wahlen einen solchen Vertrag erreichen würde, nähmen ihre Chancen, wiedergewählt zu werden, wesentlich zu. Aber bis heute weist sie die legitimen und gerechten palästinensischen Forderungen ab. Statt seine Politik zu ändern, versuchte Barak wiederholt, ein sogenanntes „Notstandskabinett“ oder eine „Regierung der breiten Einheit“ mit dem Likud-Block, der rechtsgerichtet und ultranationalistisch ist, zu errichten.

Angesichts all dessen appelliert das Israelische Kommunistische Forum, Barak als Premier kein zweites Mal zu unterstützen. In der derzeit geschaffenen Situation sollte ein dritter Kandidat auf der Basis einer Übereinkunft innerhalb der arabischen Bevölkerung gemeinsam mit konsequenten jüdischen Kräften des Friedens und der Demokratie gefunden werden, der eine reale Alternative zur gescheiterten Politik der beiden letzten Premiers (Netanyahu und Barak) und der sie unterstützenden Parteien darstellen würde.

Wenn allgemeine Wahlen für die Knesset anstehen sollten, wäre es klug, auf sie hinzuwirken durch Schaffung einer möglichst breit gelagerten vereinten Front aller konsequenten Kräfte des Friedens und der Gleichheit. Ein solcher Rahmen sollte eine Friedenslösung auf der Basis von Israels Rückzug hinter die Linien vom Juni 1967, der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf der Westbank und im Gazastreifen mit Ostjerusalem als Hauptstadt, der Anerkennung des Rechts aller palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr und der Lösung ihres Problems in Übereinstimmung mit den UNO-Resolutionen unterstützen.

(Quelle: Internet)

## Die Meinung des ZK der Palästinensischen Volkspartei

### Gründe der neuen Intifada

... Seit 1991 hat unser Volk versucht, den Weg von Verhandlungen zu gehen, 1993 mit dem Abkommen von Oslo, dem sechs Zwischenabkommen folgten, die ihrerseits nicht notwendig gewesen wären, wenn die israelische Regierung ihren Verpflichtungen entsprochen hätte. Mit jedem neuen Abkommen sollte lediglich die Erfüllung des vorangegangenen durchgesetzt werden. Dies ging so fort, bis schließlich der gesamte Prozeß an den Positionen der Regierung Barak scheiterte: Sie bot uns einen zusammenhanglosen Staat, einen Staat von Bantustans, und forderte zugleich von uns, unseren Standpunkt bezüglich Jerusalems und der Rückkehr der Flüchtlinge aufzugeben. Darüber hinaus wollte sie die sogenannten Siedlungen noch vermehren. Auf dieser Grundlage konnte es keine Fortsetzung des Prozesses geben, es kam zur Intifada.

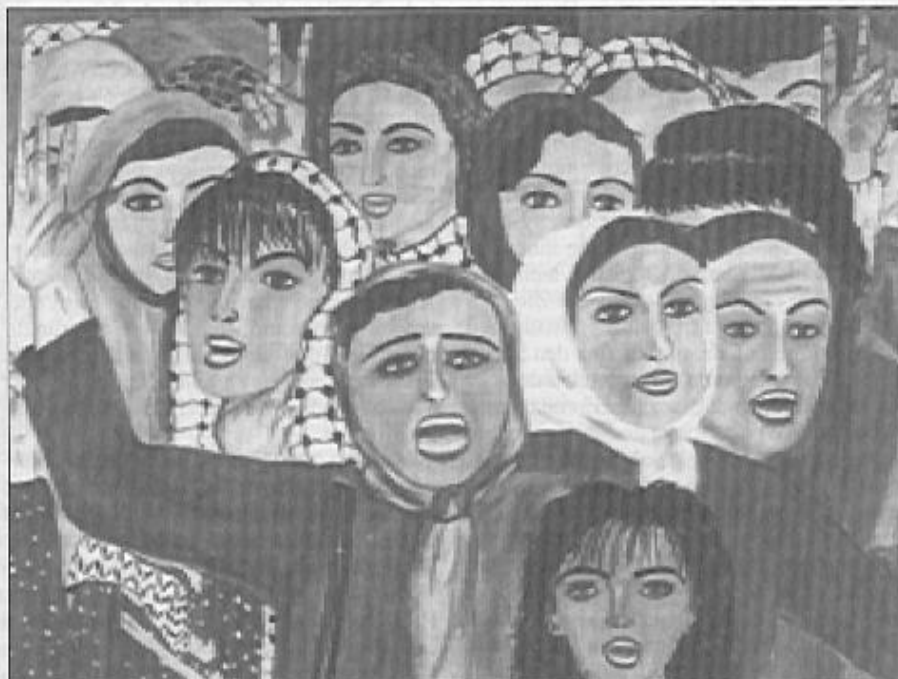
Wir haben unsere Ziele und Programme weder verändert noch ergänzt; wir fordern nicht die Vernichtung des Staates Israel; aber wir fordern, daß unser Volk neben diesem Staat Israel in einem eigenen unabhängigen und souveränen palästinensischen Staat leben kann. Wir haben versucht, dies durch Verhandlungen zu erreichen, haben dabei die Ratschläge seitens der USA, der europäischen Länder wie auch der arabischen Länder, den Verhandlungsweg zu beschreiten, befolgt. Wir haben nicht einseitig unseren Staat ausgerufen und wir haben dem Frieden sehr lange eine Chance gegeben.

Wir wissen, daß neben der starren Haltung der israelischen Regierung die der USA zum Mißerfolg der vergangenen Verhandlungen beitrug. Sie agierten nicht als aufrichtiger Vermittler; im Gegenteil, sie waren parteiisch zugunsten Israels. Deshalb fordern wir heute eine internationale Aufsicht über die Verhandlungen.

Seit Beginn der Intifada mußte unser Volk mehr als 300 Tote beklagen sowie 10 000 Verletzte; 30 % der Opfer sind Kinder, mehr als tausend Palästinenser wurden zu Krüppeln. Das ist ein hoher Blutzoll für ein kleines Volk, das der Aggression seitens einer mit US-Waffen aller Art gerüsteten modernen Armee ausgesetzt ist.

Wir erneuern unseren Aufruf an alle kommunistischen und linken Parteien, Palästina zu besuchen; solch ein Schritt wird gerade in dieser Zeit von unserem Volk anerkannt. Unserer Meinung nach sollte die Idee einer internationalen Konferenz aller kommunistischen und linken Parteien über Palästina erwogen werden, um die internationale Bedeutung dieser Frage zu betonen und die Solidarität mit unserem Volk zu manifestieren.

(Gekürzt aus: „neue Volksstimme“, Wien 4/00)



## Verräterischer „Gesichtswechsel“ bedroht Arbeiterpartei Ungarns

# Angriff auf den Marxismus

Der Marxismus ist heute Zielscheibe von vielerlei Attacken. Jede Woche greift die „Sonntagszeitung“ (Sendung von Radio Kossuth-Budapest - E. K.) Marx' Ideen und deren Anhänger voller Haß wütend an. Politologen und Publizisten qualifizieren in jeden Widerspruch ausschließender Pose die Lehren von Marx als veraltet und anachronistisch. Einstige Pseudomarxisten sind mit dem Eifer Neubekehrter darum bemüht, sich vom Marxismus abzugrenzen. Im Munde der politischen Minutenmenschen sind „Marxismus“, „Marxist“ gemeine Schimpfworte. Nicht weniger gefährlich erscheinen jene Angriffe, welche unter der Parole „Modernisieren“, „Gesichtswechsel“ die Ideen des Marxismus bedrohen. In letzter Zeit konnten wir mehrere Materialien angeblicher Sachverständiger über den „Imagewechsel“ der Arbeiterpartei (Munkáspárt) lesen. Sie greifen unter dem Vorwand der „Modernisierung“ den Marxismus in grundlegenden Fragen an. Die „Dialektika“ - das zeitweilige Blatt der Karl-Marx-Gesellschaft - gehörte zu den ersten, die sich heute in Ungarn um die Ausarbeitung eines linken marxistischen Programms bemühten. Dazu rief bereits ihre erste Nummer Anfang 1997 auf. Es bedarf also keiner Erklärung, warum wir mit Aufmerksamkeit und Interesse die Programmdiskussionen der sich als linke Parteien Betrachtenden verfolgen.

In diesen Tagen veröffentlichte man das Diskussionsmaterial für das Perspektivprogramm der Ungarischen Sozialistischen Partei. Sie ist nach ihrem Selbstverständnis keine marxistische Partei. Deshalb erwarten wir von ihrem Programm auch nicht die Geltendmachung Marx'scher Ideen. Der veröffentlichte Entwurf ist ein die sozialdemokratische Version des Aufbaus des Kapitalismus vertretendes „Mittelwegs“-Programm. Der alternative Programmvorschlag der linken USP-Gruppierung ist radikaler, linker als dieses und beinhaltet auch systemkritische Elemente. Doch eindeutig und konsequent übernimmt auch er den Marxismus nicht.

Ein anderes Maß ist anzuwenden in Bezug auf das Programm der Arbeiterpartei, weil sich diese in ihrem Statut als „marxistische, moderne kommunistische Partei“ definiert. Eine solche Partei aber kann nicht existieren ohne theoretisch begründetes marxistisches Programm. Unter diesem Gesichtspunkt, mit diesem Anspruch haben auch wir uns der in der Arbeiterpartei begonnenen Programmarbeit und -diskussion angeschlossen. Mit der Eröffnung der Debatte über die Grundsätze eines Programms rief die Munkáspárt ihre Mitglieder, Parteilose, linke Organisationen - sinngemäß auch die Karl-Marx-Gesellschaft - auf, mit ihren Meinungen und kritischen Bemerkungen bei der Ausarbeitung eines möglichst guten Programms mitzuhelfen. Dem Aufruf Folge leistend erschienen in der „Dialektika“ mehrere Beiträge. Nur hier bot sich dafür die Möglichkeit, weil es kein anderes Forum für die offene Grundsatzdiskussion, für die Mitteilung von Diskussions-

standpunkten gab. Marxistische Gesellschaftswissenschaftler reichten bei der Programmkommission sogar einen zusammenhängenden alternativen Programmvorschlag ein. Anfang des Jahres 2000 erklärte der Vorstand der Arbeiterpartei unerwartet die Programmdiskussion für abgeschlossen, ohne daß er auf die aufgeworfenen Fragen, kritischen Bemerkungen und positiven Vorschläge reagiert hätte. Nach dem offiziellen Arbeitsplan sollte das Programm ohne weitere Diskussion auf einem Kongreß noch in diesem Jahr (2000) bestätigt werden. Die Einberufung des vorgesehenen Programmkongresses unterblieb bisher.

Mit Überraschung erfuhren wir, daß der Vorstand gleichzeitig mit der Einstellung der Programmdiskussion ein aus zwei Studenten der Politologie bestehendes „Linkes Sachverständigenzentrum (BASZ)“ ins Leben rief und die „unabhängige Sachverständigengruppe“ vertraglich beauftragte, den Namen der Partei, ein System von Symbolen, die Generallinie und praktisch eine radikale Umgestaltung des gesamten Parteiprogramms auszuarbeiten. Das neue „Zentrum“ bezeichnet sich in vorbildlicher Bescheidenheit als „Gehirntrust“ und erhält eine Jahreszuwendung von 600 000 Forint. Unsere Überraschung und Betroffenheit waren noch größer, als wir uns im Internet mit dem als „Gesichtswechsel“ angezeigten Material und anderen Publikationen der Gruppe bekanntmachten. Wir erfuhren von den mit dem „Imagewechsel“ beauftragten „unabhängigen Sachverständigen“, die Arbeiterpartei sei gegenwärtig nur eine „virtuelle“ Partei, „ihre Sprache die der einstigen USAP, derjenigen, die unfähig waren, ihre Denkweise zu ändern.“ Die Mitglieder seien in erster Linie „Ältere mit niedrigerer Schulbildung“. Die Arbeiterpartei müsse eingestehen, „daß das Festhalten an den Phrasen der vergangenen 40 Jahre in der veränderten Situation nur für leere soziale Demagogie ausreicht“. Der sozialistische „Modellversuch“ sei erfolglos gewesen. Die heutige ungarische Gesellschaft, behaupten die Gesichtswechsler, sei keine „Konflikt-“, sondern eine „Konsolidierungsgesellschaft“. „Die Arbeiterpartei muß ein neues Konsolidierungsprogramm anbieten ... Das wichtigste Ziel: Die Partei muß in das Innere des Systems zurückkehren. Nur wenn man sie innerhalb des Systems als linke Alternative annimmt, wird es für sie möglich, politische Ziele zu erreichen ... Die Partei baut kurzfristig den Kapitalismus auf, damit sie später den Sozialismus errichten kann“, wird verkündet. Sie wolle im Rahmen eines sozialen Europas „zum Modell des Wohlfahrtsstaates“ gelangen. Sie biete Ungarn eine „solche Modernisierungspolitik an, welche das Land zu den entwickeltsten Staaten hinführt“. Nach Meinung der „Modernisierer“ ist es nötig, das Gesicht der Partei, ihren Namen und ihre Symbole radikal zu ändern. Die Arbeiterpartei soll unter dem Namen Partei des Sozialen Europa im wesentlichen eine neue Partei sein, eine „Medicinvolkspartei“. Deshalb wird emp-

fohlen, daß der früher angefertigte Programm-entwurf in den Papierkorb wandert und ein völlig neues Programm entsteht.

Auf ihrer Internetseite - Arbeiterpartei/im Namen der Partei des Sozialen Europa - melden sie als Tatsache: „Die Organisation begann, aufgefördert durch die Leiter der Arbeiterpartei, mit der Ausarbeitung des ‚Die Linke nach dem Jahrtausendwechsel‘ genannten Programms. Das endgültige Material wird der Herbstkongreß der Partei verabschieden“.

Betrachtet man seinen Inhalt, dann ist all dies ein Angriff auf den Marxismus, auf den marxistischen, kommunistischen Charakter der Partei. Wenn man sich mit den im Internet zu lesenden Lebensläufen der Mitglieder des „Gehirntrusts“ bekanntmacht, erwartet man kaum anderes von jenen, welche in den Redaktionen der rechten Blätter „Neues Ungarn“, „Ungarn von Tag zu Tag“ mitarbeiteten, aktive Mitglieder des Bundes Freier Demokraten (SZDSZ) waren usw. ... Die „Sachverständigen“ des BASZK charakterisieren ihren Standpunkt so: „Das Übel, das die linke Politik in den Augen der öffentlichen Meinung darstellt, ist nicht, daß sie mit ihr nicht einverstanden wäre. Sie hält sie für sinnlos, aussichtslos, unausführbar ... In diesem Sinne sind wir keine Linken. Wir sind keine Kommunisten, weil die tausendfache Schuld des Bolschewismus, das Durchfallen der Programmatheesen des orthodoxen Kommunismus unleugbar sind“.

Wir müssen uns nicht darüber wundern, daß die Vorschläge dieser „nichtkommunistischen Sachverständigen“ auf die Liquidierung des kommunistischen und marxistischen Charakters der Partei gerichtet sind. Höchstens darüber, daß der stellvertretende Vorsitzende der Partei Attila Vajna als Vorsitzender des BASZK ihre „fachliche Arbeit“ beaufsichtigte. Natürlich ist es die innere Angelegenheit jeder Partei, wem sie welche Aufträge erteilt, wen sie als „Gehirntrust“ beschäftigt, als was sie Leute bezahlt und wie sie die von ihnen ausgearbeiteten „Projekte“ benutzt. Doch es ist schon sonderbar, wenn eine sich marxistisch nennende Partei, milde ausgedrückt, nichtmarxistische, parteilose, „unabhängige“ Sachverständige beauftragt, ihr Programm auszuarbeiten. Wir finden es vor allem merkwürdig, daß die Parteiführung das nicht eindeutig und öffentlich zurückweist, einer verdienten Kritik unterzieht, daß man versucht, die Partei schwer kompromittierende, ihre ursprünglichen Ziele und Grundsätze fundamental in Frage stellende, die Parteimitglieder in grober Weise beleidigende Ansichten der Partei aufzuzwingen.

Wir hoffen, daß die Mitglieder der Arbeiterpartei fähig sein werden, den marxistischen, kommunistischen Charakter der Munkáspárt zu verteidigen und den Zerfall zu verhindern.

**Die Redaktion der „Dialektika“**

(gekürzte Fassung eines Beitrags aus „Dialektika“ Oktober 2000)

Übersetzung: Eberhard Kornagel

*Wenn es um die Klarheit von Begriffen geht*

## Über falsche Skins und echte Faschos

In dem Artikel „Neofaschismus - ein originales Westgewächs“ (RF 34, S. 8) heißt es: „Iris Rudolph plädierte für eine differenzierte Bewertung von Skins; unter ihnen gebe es auch Gruppen, die eher der linken Szene zuzurechnen seien.“ Nein, liebe Genossen, das wollte ich nicht sagen. Vielleicht habe ich mich in der Kürze des Beitrags und unter dem Adrenalinstoß, den mir das Reden vor vielen Menschen immer bereitet, nicht sehr deutlich ausgedrückt; deshalb melde ich mich noch mal schriftlich.

Die Skins sind eine schon sehr alte kulturelle Bewegung aus der englischen Arbeiterklasse. Sie waren und sind eher links, antikapitalistisch, gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Solange es nur diese Skins gab, hörte und las man in der bürgerlichen Presse natürlich nichts darüber, und sie waren nur unter Insidern und Ska-Liebhabern bekannt. Dann fingen Faschos an, sich Attribute dieser Kultur anzuheften; sie bemächtigten sich ihres Kleidungsstils in leicht abgewandelter Form (ein Kenner kann Fascho-Skins von den richtigen an der unterschiedlichen Kleidung erkennen), rasierten sich die Schädel- und fortan berichtet die Presse nur von ihnen, gilt skin als Synonym für rechts.

Dieses Vorgehen ist aus der Geschichte schon bekannt. Schleimten sich die Nazis doch auch an die Arbeiterkultur an, indem sie deren Zeichen und Symbole für ihre Zwecke mißbrauchten und sich Sozialisten nannten.

Es gibt also nicht nur auch linke Gruppen unter den Skins, sondern der echte Skin ist links. Fascho-Skins sind Pseudoskins, und einem wirklichen Skin dreht sich der Magen um schon bei der Bezeichnung Fascho-Skin, denn so einer ist eigentlich kein Skin, er ist ein Faschist.

Nun ist mir natürlich klar, daß das so gut wie niemand weiß, der mit Skins und Ska nicht viel zu tun hat, da das Bild in der bürgerlichen Presse ein anderes ist. Ich bin auch immer wieder ganz frappiert von der unglaublich manipulativen Macht der herrschenden Medien, die ausschließlich die Medien der Herrschenden sind, und oft genug erschrocken darüber, wie leicht ich ihnen aufsitze.

Ein anderes Beispiel fällt mir dazu ein: In der Versammlung der Gruppe Nordost am 28. 11. machte Micha Czech die Anwesenden darauf aufmerksam, daß im „RotFuchs“ auf eine Veranstal-

tung des „Marx-Engels-Clubs“ der Berliner DKP „Wo liegen die Wurzeln des Neofaschismus in Deutschland? hingewiesen wird, während der Club selbst diese unter dem Titel „Liegen die Wurzeln des Neofaschismus in der DDR?“ angekündigt hatte. Lakonisch antwortete Klaus Steiniger, eine solche Fragestellung werde im „RotFuchs“ nicht gedruckt. Als ich sein entschlossenes Gesicht sah, war mir sofort klar, warum nicht. Aber ich muß zugeben, ich bedurfte dieses entschiedenen Hinweises. Ich hatte den Titel als Provokation angesehen mit der selbstverständlichen Erwartung, daß in der Veranstaltung selbst der Kapitalismus als die wirkliche Wurzel des Neofaschismus bloßgelegt wird. Schlagartig wurde mir klar, wie sehr die Alltäglichkeit der Verleumdungen der Medien um mich herum meinen Kopf so verwirrt, daß sie mir zwar als Verleumdungen noch erkennbar sind (in diesem Falle; wer weiß, wie oft auch das nicht?!), ich aber von allein nicht in der Lage war zu begreifen, daß nur eindeutige Klarheit und scharf bezogene Positionen gleich vom Titel an geeignet sind, der systematischen Verwirrung zu begegnen. Und ich erinnerte mich an die großartige Rede von Dimitroff nach dem Leipziger Reichstagsbrandprozeß, in der er so klar und deutlich den Kapitalismus als Ursache des Faschismus entbößte, daß er damit in die Geschichte einging.

Iris Rudolph



### Hans-Beimler-Bibliothek soll umbenannt werden

## Protest aus Valencia

An den  
Oberbürgermeister der Stadt Chemnitz,  
Herrn Peter Seifert  
Rathausstr. 1  
09111 Chemnitz

Mit großer Empörung haben wir, Antifaschistinnen und Antifaschisten, Freundinnen und Freunde der Internationalen Brigaden aus Valencia von der geplanten Umbenennung der Stadtbibliothek „Hans Beimler“ erfahren. Seit der Anexion der früheren DDR durch die Bundesrepublik verfolgen wir die Streichung der Namen von Antifaschisten bei Straßen, Plätzen und Institutionen.

Hans Beimler steht für den konsequenten Kampf gegen den Faschismus. 1933 wurde er als Landtagsabgeordneter der KPD von der Gestapo festgenommen, gefoltert und ins KZ Dachau geworfen, aus dem ihm schließlich die Flucht gelang. Er kam im Sommer 1936 nach Barcelona zur Unterstützung der damaligen internationalen Milizverbände gegen den Militärputsch der Franco-Faschisten. Nach Gründung der Internationalen Brigaden im Oktober 1936 kämpfte er in deren Reihen und fiel im Dezember des selben Jahres bei der Verteidigung Madrids durch eine Kugel der Faschisten.

Das Auslöschen antifaschistischer Namen aus der Öffentlichkeit hat Methode: Aus den Augen, aus dem Sinn - sprich Gedächtnis! Wir fordern, mit dieser Praxis Schluß zu machen! Das tut not angesichts der Angriffe von Faschisten, Neonazis gegen alle und alles, was nicht in ihre herrschende Vorstellung, geprägt von rassistischen, menschenverachtenden „Werten“ paßt: ausländische Menschen, Linke, Homosexuelle, Menschen, die auf der Straße leben etc. Hans Beimlers Grab befindet sich auf dem Friedhof Montjuic, Fossal de la Pedrera, in Barcelona. Mit ihm zusammen liegen dort Luis Companys, der katalanische Präsident während der Republik 36/39, danach von den Nazi-faschisten an Franco ausgeliefert und ermordet, sowie viele andere Interbrigadisten. Gedenksteine erinnern ebenfalls an die vom Faschismus hinggerichteten jüdischen Menschen.

Die Namensstreichungen werfen ein bezeichnendes Licht auf den Staat BRD; es stünde ihm gut an, die Erinnerung an die vielen Antifaschisten und Opfer des Faschismus wachzuhalten und zu ehren. (Darunter stehen zahlreiche Unterschriften.)

Übermittelt von **Isolda Bohler**, Valencia

## Am Rande bemerkt

□ „Die Erfahrung zeigt, daß das Schweigen über gewisse Dinge nicht hilft, sondern schädlich ist und wir dem Gegner das Feld überlassen. Die offene Aussprache über Mängel unserer Arbeit, über aufgetretene Mißstände, über unsere wirklichen Schwierigkeiten ist ein sehr entscheidender Faktor und unentbehrlich für die Gewinnung des Vertrauens des Volkes zur Partei und zur Regierung.“ Diese mahnenden Worte von **Wilhelm Pieck** aus dem Jahr 1952 (!) wurden viel zu wenig beachtet – die Folgen waren katastrophal ...

Von den zahlreichen Büchern über Pieck seien genannt: „W. Pieck – Dem Vorkämpfer für ein neues Deutschland zum 70. Geburtstag“, Neuer Weg, Berlin 1946; „W. Pieck – Bilder und Dokumente aus dem Leben des ersten deutschen Arbeiterpräsidenten“, Dietz, Berlin 1955; „Wilhelm Pieck – Schriftsteller und Künstler zu seinem 80. Geburtstag“, Aufbau, Berlin 1956, und H. Voßke/G. Nitzsche: „Wilhelm Pieck – Biographischer Abriss“, Dietz, Berlin 1975.

□ **Frans Masereel**: „Der Platz des Künstlers ist in den ersten Reihen der Kämpfer um die Schaffung eines neuen Systems, das die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und den Krieg ausschließt. Aber der Künstler darf nicht vergessen, daß er zu einer großen, dieser Welt würdigen Kunst nur gelangen kann, indem er sich auf die Schönheit der Ausdrucksmittel stützt, und daß sein Schöpferertum unter diesen Bedingungen zu jenem Motor der Erregung werden kann, der fähig ist, die menschlichen Seelen zu erschüttern.“



Frans Masereel, Lesender (Holzschnitt)

Die drei schönsten Bücher über den vor 30 Jahren, am 3. 1. 1971, gestorbenen Künstler sind: G. Ziller: „Frans Masereel“, Sachsenverlag Dresden 1949; „Frans Masereel“, VdK, Dresden 1959; P. Vorms: „Gespräche mit F. Masereel“, VdK Dresden 1967.

Wir danken dem Schöpfer der Filme „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“ und „Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse“ Kurt Maetzig für diese und viele andere seiner Werke (Ehe im Schatten / Der Rat der Götter / Schlösser und Katen / Das Lied der Matrosen / Preludio 11 / Die Fahne von Kriwoj Rog) und gratulieren ihm herzlich zum 90. Geburtstag am 25. Januar.

Wer über Kurt Maetzig mehr wissen will, der

greife zu Kasjanowa/Karawaschkin: „Begegnungen mit Regisseuren“ (K. Maetzig, G. Reisch, J. Hasler, K. Wolf), Henschelverlag, Berlin 1974, oder zu K. Maetzig: „Filmarbeit: Gespräche, Reden, Schriften“, Henschelverlag, Berlin 1987.



Herbert Sandberg: Ilya Ehrenburg (1956)

□ Vor 110 Jahren wurde in Kiew der russisch-sowjetische Schriftsteller und Publizist **Ilya Grigorjewitsch Ehrenburg** geboren. Ludwig Richard Müller schrieb 1968: „Von seinen rund 50 Büchern sind zahlreiche in der ganzen Welt bekannt, nach Kriegsende besonders ‚Der Fall von Paris‘ und ‚Der Sturm‘. Schon im vormaligen Deutschland fanden die Romane des intelligenten Beobachters und Gestalters viele begeisterte Leser. Ehrenburg ist nicht nur einer der am meisten gelesenen Sowjetschriftsteller, sondern auch einer der am meisten reisenden. Er raucht Pfeife wie sein reisender deutscher Kollege Stephan Hermlin, schreibt aber mehr als dieser. Der heutige Autor wurde schon 1906 aus dem Gymnasium gefeuert, weil er bolschewistische Agitation machte; er hat's aber trotzdem seither nicht bleiben lassen.“

Mir ist neben seinem vierbändigen, autobiographischen „Menschen, Jahre, Leben“ vor allem sein Roman „Der zweite Tag“ (1933), der auf einer der Großbaustellen des ersten Fünfjahresplans spielt, unvergessen. n. „Das Geschenk, das sie uns gebracht hat, sind ihre prächtigen und aufrichtig empfundenen Schilderungen des ‚Alltags‘ dieser heroischen Zeit, des Kampfes und des revolutionären Aufbaus. Ihr Vermächtnis ist die erstaunliche Fähigkeit, Meisterschaft der literarischen Technik mit dem Mut und der Opferbereitschaft eines Kämpfers in sich zu vereinen ...“ Dies schrieb Alexander Tarassow-Rodionow anlässlich des Todes von Larissa Reisner, die vor 75 Jahren, am 9. 2. 1926, mit 31 Jahren viel zu früh verstarb. Die russisch-sowjetische Schriftstellerin stammte aus einer fortschrittlichen bürgerlichen Gelehrtenfamilie. Ihre humanistischen und sozialistischen Ideale führten sie an die Seite der Bolschewiki. Als Kommissarin der Roten Armee nahm sie am Bürgerkrieg teil und schrieb darüber mitreißende Reportagen. Durch verschiedene Reisen lernte sie die UdSSR, Afghanistan und Deutschland kennen; die hierbei entstandenen Skizzen sind bedeutende Beispiele einer parteilichen, leidenschaftlich gestalteten sozialistisch-realistischen Reportagekunst. Ihr letztes Buch

erfaßte den Aufbau des Sozialismus in den Fabriken des Ural.

In der DDR erschienen von ihr u. a. in der Roten Dietz-Reihe das Bändchen „Oktober“, Berlin 1961, und 1983 im Mitteldeutschen Verlag Halle der Band „Von Astrachan nach Barmbeck. Reportagen 1918–1923“ (edition aurora).

□ Am 19. Februar hätte der Maler und Grafiker **Hans Grundig** seinen hundertsten Geburtstag feiern können. Der in Dresden geborene Künstler wurde während seines Kunststudiums u. a. beeinflusst von Otto Dix, trat 1926 der KPD bei, heiratete 1928 Lea Langer und gehörte 1929/30 zu den Mitbegründern der Dresdener ASSO (Assoziation revolutionärer bildender Künstler Deutschlands). Grundig entwickelte sich zu einem führenden revolutionären Künstler, der leidenschaftlich und symbolisch verdichtet gegen Unterdrückung und Faschismus wirkte. Von 1933 bis 45 hatte er Berufsverbot, leistete antifaschistische Arbeit und wurde mehrfach verhaftet; 1940 bis 44 Haft im KZ Sachsenhausen, 1944 Strafdivision Dirlwanger, Übertritt zur Roten Armee, Antifa-Schule, 1947 erster Rektor und Professor an der Hochschule für bildende Künste Dresden. Nach 1945 wurde er mit expressiven Bildern der Mahnung, farbenfrohen Schilderungen des neuen Lebens, Stillleben, Tierdarstellungen und Illustrationen zu einem Bahnbrecher der realistischen Kunst der DDR. 1955 erschien im Dietz-Verlag, Berlin, der bewegende autobiographische Roman „Zwischen Karneval und Aschermittwoch“, für den Hans Grundig kurz vor seinem Tod (er starb am 11. September 1958) den Heinrich-Mann-Preis erhielt.

W. M.

## Briefe an „RotFuchs“



Laßt die rote Fahne weiter wehen!

**Prof. Dorothy und Prof. Jim McClellan, Corpus Christi, Texas**

Allen Mitarbeitern des „RotFuchs“ und den Genossen der Parteigruppe Berlin Nordost der DKP wünschen wir ein friedliches Jahr 2001. Es geht um die Sicherung der Arbeitsplätze, um soziale Gerechtigkeit, um Demokratie, um die Schaffung der Voraussetzungen für eine bessere, für eine sozialistische Zukunft.

**Euer griechischer Genosse Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki**

(Der Gruß befindet sich auf einer Karte der KKE, die einen ans Kreuz geschlagenen Arm zeigt. Dazu der Text in sechs Sprachen: Freiheit für die politischen Gefangenen, Bürger der früheren Deutschen Demokratischen Republik!)

Allen Mitarbeitern des „RotFuchs“, verbunden mit dem Dank für die solidarische Begleitung während meiner Haft und die Zusendung der Zeitung, wünsche ich ein gesundes neues Jahr.

**Oberst a. D. Günter Strobel, JVA Chemnitz**

Gesunde Feiertage und ein friedliches Jahr! Eure Post wird immer erwartet. Anbei ein paar Marken.

**Hans-Werner und Waltraut Schaaf, Berlin**

Der Kampf um die Beendigung der politischen Strafverfolgung und für die Entlassung der Inhaftierten sowie die Rehabilitierung der widerrechtlich Verurteilten geht weiter!

**Eva und Karl Leonhardt, Berlin**

Oft denke ich an die vielen lieben und solidarischen Briefe sowie Informationen von Euch, die mir in der schweren Zeit der Haft immer große Zuversicht und Rückhalt gaben. Dafür fühle ich mich noch heute zu großem Dank verpflichtet. Der „RotFuchs“ ist mir auch jetzt noch ein guter politischer und kritischer Begleiter. Er macht in meinem Bekanntenkreis die Runde. Für Eure aufopfernde Arbeit wünsche ich Euch weiterhin Erfolg.

**Heinz Handke, Berlin**

(...) Die Chefredakteurin des hiesigen „Guardian“, Frau Anna Pha, hat mir einige Nummern des „RotFuchs“ zwecks Übersetzungen ins Englische zukommen lassen, und ich verfolge mit großem Interesse die derzeitigen Diskussionen und Analysen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. (...) In der Nr. 32 vom September 2000 habe ich mit besonderer Genugtuung den Beitrag von Prof. Eike Kopf zur Kenntnis genommen, der die Geschehnisse der Jahre 1989/90 aus historischer Perspektive behandelt. Ich selbst habe zu Anfang dieses Jahres eine vorläufige Sammlung von Materialien veröffentlicht, welche die Hintergründe der Umstände und Folgen (für die UdSSR) des Umsturzes vom Dezember 1991 untersuchen. Ich übersende Ihnen zwei Exemplare, eines mit der Bitte um Weiterleitung an Eike Kopf.  
**Dr. Vera Butler, Melbourne, Sekretär der Australischen Vereinigung für Internationale Studien**

Der „RotFuchs“ wird in künftigen Ausgaben Abschnitte aus der wichtigen Schrift Dr. Butlers veröffentlichen.

**Redaktion**

Alle guten Wünsche zum neuen Jahr 2001, vor allem Gesundheit, Frieden und Schaffenskraft für unsere gute Sache.

**Kyriakos Polychronidis, KKE, Berlin**

(...) Über den „RotFuchs“ habe ich mich sehr gefreut. In der Oktober-Ausgabe sind besonders viele Artikel, die mich unmittelbar angehen. „Die Sache muß reifen!“ - ein großes Problem, das auch die Genossen der PDS interessiert, die durchaus nicht alle etabliert sind und sein wollen. Man muß sie unbedingt in ein „Einigungskonzept“ einbeziehen - ich weiß nicht, ob ich mich richtig ausdrücke, weil ich viel zu wenig davon verstehe. Aber ich fürchte, daß das, was in den 40er und 50er Jahren in der DDR so problemreich und schwierig bewältigt wurde, einfach fortgeworfen wird. Das Verständnis für gemeinsames Handeln und die Notwendigkeit es zu tun leben immer noch ganz stark! Auch in der PDS.

Dann - hier überwintert - sind natürlich die Portugalartikel wichtig für mich. José Saramago

habe ich verschlungen. Schön zu wissen, wo er heute steht. Die Reporterskizze ist aufregend. Fast nicht zu glauben. Sind die vorhergehenden 27 auch so toll?

Korea - meine Liebe! Fragen der jüngsten Geschehnisse wurden für mich klar beantwortet. Ich könnte die ganze Zeitschrift kommentieren ... (...) Der „RotFuchs“ gefällt mir! (...)

**Mädi Grotewohl, z. Z. Praia da Rocha, Portugal**

*Genossin Mädi arbeitete mit ihrem Mann Hans Grotewohl, dem Sohn des ersten Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, am Wiederaufbau durch die USA-Aggressoren zerstörter Städte in der KDVR und Vietnam.*

es geht noch um die vergangenheit, aber nicht nur. es geht um die gegenwart, weil unmenschlichkeit, ausbeutung, unterdrückung, folter und krieg immer noch und schon wieder gegenwärtig sind.

es geht um die zukunft, die frei sein soll von aller barbarei

mein kommunismus ist mein zorn ...  
mein kommunismus ist meine trauer ...  
mein kommunismus ist meine scham ...  
des verrates an ihm wegen -

mein kommunismus ist meine liebe ...  
mein kommunismus ist meine hoffnung ...  
mein kommunismus ist mein hochmut ...  
niemals aufzugeben -

trotz alledem und alledem -  
In diesem Sinne laßt uns auch 2001 beginnen und durchhalten.

**Erika Correns/Dr. Herbert Crüger, Eichwalde**

Vieles hat sich nach vorn bewegt und so viel bleibt noch zu tun, um unsere Bewegung zu stärken und unsere Reihen fester zu schließen. Aber wir können zuversichtlich sein: jene, die sich als Sieger der Weltgeschichte wähen, werden es mit dem sich wieder belebenden „Gespenst“ des Kommunismus noch zu tun haben.

**Margot Honecker, Santiago de Chile**

Lieber kräftiger „RotFuchs“! Heinz Herresbach, aber ja! denken wir Weihnachten an Dich!

Bleibt in der Spur, denn sie stimmt.  
**Annelie Thorndike/Klaus Rößler, Heringsdorf**

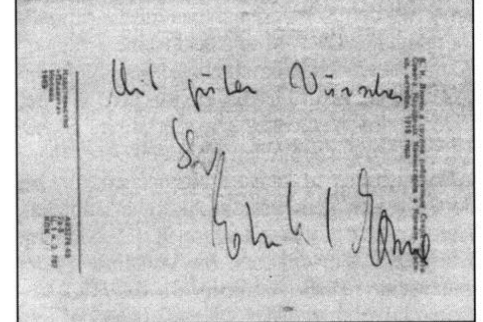
Allen „RotFüchsen“ einen guten Start in das neue Jahrtausend!

**Karl-Heinz Effenberger, Schwerin**

Mit Interesse las ich die Erinnerungen Klaus Steinigers an eine stattliche Zahl von Chefredakteuren. Herrstadt lernte ich - damals ein junger Journalist - noch in der „Berliner Zeitung“ kennen, und dort auch Georg Stibi. Ihn habe ich von seiner umgänglichen Seite erlebt. Unvergeßlich: Er stand an der Setzmaschine neben dem Setzer und diktierte ihm einen Kommentar - direkt in den Bleisatz. Der Beitrag war superaktuell, mußte noch ins Blatt.

Danke für die Prünzke & Prott-Rezension.  
**Gerhard Bengsch, Kleinmachnow**

**Eberhard Esche** fügte seiner Spende diesen ermutigenden Kartengruß hinzu:



Auch für dieses Jahr übersende ich dem verdienstvollen „RotFuchs“ eine Spende im Rahmen meiner Möglichkeiten. Mit freundlichen und solidarischen Grüßen

**Dieter Noll, Wernsdorf**

Anläßlich des Jahreswechsels übermittelt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands die herzlichsten Grüße und wünscht ein erfolgreiches neues Jahr.

**Werner Schleese, Vorsitzender der KPD/Hans Wauer, Chefredakteur v. „Die Rote Fahne“**

Ich wünsche alles erdenklich Gute, vor allem beste Gesundheit und weitere Erfolge bei der Entwicklung der DKP.

Über die 11 Forderungen im „RotFuchs“ Nr. 34 gab es bei einem Treffen mit Freunden eine interessante Diskussion. Einige meinten zwar, daß die meisten Forderungen angesichts der konkreten Lage unrealistisch seien. Ungeachtet dessen herrschte jedoch Zustimmung zum Grundanliegen des Dokuments: Wiederherstellung der Lebensgrundlagen und der Würde der Ostdeutschen.

**Prof. Kurt Tiedke, Frankfurt/Oder**

Ich bin sicher, daß der „RotFuchs“ auch in Zukunft seinen Weg auf der richtigen Spur - ungeachtet des Gegenwinds - gehen wird. Für mich als Kommunist ist er unverzichtbar geworden. Was die Berichte und Standpunkte zur Lage in den „neuen Bundesländern“ betrifft, könnte manch andere Zeitung (nicht zuletzt die „UZ“) von ihm lernen. Wichtig sind mir auch die Artikel zur Solidarität mit den durch die BRD-Klassenjustiz Verfolgten. (...) Nicht minder helfen uns die Beiträge zum Kampf der Linken im Ausland, besonders zur Solidarität mit Cuba, in der täglichen politischen Arbeit. Als Kommunist in der PDS bin ich für eine klare und deutliche Sprache, weshalb ich sowohl von meiner Partei als auch von der DKP erwarte, daß sie sich dem herrschenden „Zeitgeist“ entgegenstellen. Für mich bleibt der Beitrag von Friedrich Wolff (ND 6. 10. 2000) entscheidend. Er endete mit den Worten: „Das Ziel ist zu benennen, ohne Wenn und Aber. Es heißt Sozialismus.“

**Andreas Krämer, Mitglied des BKR der KPF der PDS, Gersdorf**

Im „RotFuchs“ Nr. 35 heißt es, die DKP-Programmkommission plane „Foren“ mit der Programmkommission der PDS. Als Sympathisant der DKP sollte ich mich eigentlich nicht in deren Bündnispolitik einmischen, aber ein solches Vorhaben löst in mir - höflich ausgedrückt - erhebliche Bedenken aus. Ist schon alles vergessen? Noch im Oktober 1999 forderte Dieter Dehm, Vize-Vorsitzender der PDS, die DKP auf, nicht mehr bei Wahlen zu kandidieren (was zur Folge hätte, daß sie letztlich ihren Partei-Status verlöre). Zwar kam Dehm damit (noch) nicht durch, aber inzwischen hat sich der PDS-Parteivorstand erheblich verändert. Auch sei daran erinnert, daß dieser schon vor dem Schweriner Beschluß die Aufnahmenamhafter DKP-Mitglieder in seine „offenen“ Kandidatenlisten strikt ablehnte. Gen. Stehr hat das einst bei einer Diskussion mit dem BV der PDS Berlin-Weißensee selbst erfahren. Sicher gilt es, Gemeinsamkeiten zu finden. Aber diese lassen sich eher an der Basis ausmachen, vor Ort, dort, wo sich gemeinsame Aktionen anbieten. Gute Ansätze gibt es u. a. schon in Brandenburg. Übrigens: Wie will man die von ihrer Partei enttäuschten PDS-Mitglieder für die DKP gewinnen, wenn sich der DKP-Vorstand ausgerechnet mit den für die „Rechtslage“ der PDS-Führung verantwortlichen Chefideologen an einen Tisch setzen möchte?

**Eva Kolowrat, Berlin**

Ich wünsche der ganzen „aufmüpfigen“ RotFuchs-Bande fürs neue Jahrtausend alles erdenklich Gute, Gesundheit, persönliches Wohlergehen und weiterhin viel Erfolg mit dem RF.

**Heinz Hammer, Essen**

Eure Vorschläge in der letzten Nummer des „RotFuchs“ sind interessant, nur müßte so etwas doch in der UZ erscheinen. Es erreicht sonst zu wenige. Anbei als meinen Anteil am Jahresfutter 30 DM.

**Gernot Bandur, Berlin**

Lesen Sie Eure Zeitung mit großem Interesse und unterstützen Sie Eure Forderungen für das Gebiet der DDR voll und ganz. Es ist richtig, daß nun auch DKP-Mitglieder aus dem Osten verstärkt in der Öffentlichkeit werben. Die Reaktionen einiger Genossinnen und Genossen aus dem DKP-Parteivorstand habe ich nicht verstanden. Das schreibt ein sogenannter Wessi, der auch wegen Euch in die Partei eingetreten ist. Also weiterhin viel Erfolg.

**Mori E., Bremen**

Danke für die Übersendung des „RotFuchs“, weiterhin erfolgreiche Arbeit! Auf gleichem Wege schicke ich Euch eine kleine Spende. Herzlichst

**Andrea Weis, München**

Allen am Zustandekommen des „RotFuchs“ beteiligten Genossen ein großes Dankeschön. Ich bin traurig und zugleich zornig beim Streit von Kommunisten aus Ost und West. Bleibt Eurer Sache treu.

**Heinz Börner, Großnaundorf**

Wir wünschen Euch und uns (nein, wir wissen es!), daß Ihr im neuen Jahr genauso fundiert informiert und geistreich agiert wie bisher. Wir freuen uns darauf. Nun seid Ihr genug „über den grünen Klee“ gelobt.

Paß auf, daß der „RotFuchs“ keine BSE-Viecher reißt, gebt ihm lieber beiliegendes gummiertes

Papier zu fressen. Ein solidarisches Glückauf!  
**Rosa und Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen**

Herzlichen Dank für den 35. „RotFuchs“. Wie immer ausgezeichnet. Vor allem beeindruckt die Reaktion auf die 11 Forderungen der Gruppe Nordost. Wir werden sie in unserer Mitgliederversammlung im Januar behandeln. Nach dem Lesen des RF 35 müßten aber auch den Genossen in Essen die Lichter aufgehen. Sollte das nicht der Fall sein, ist es um die Entwicklung der DKP im Osten schlecht bestellt.

Ich übermittle Euch heute die 50-Mark-Spende eines Thüringer Genossen, der von mir aus alter Freundschaft und Zusammenarbeit jeden RF erhält.

Beste Wünsche allen guten Geistern des RF für das neue Jahrtausend. Es wird uns gehören, wenn auch nicht gleich und sicher erst nach schweren Kämpfen und großen Opfern. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß der 7. November 1917 das Tor in eine neue - die sozialistische - Welt aufgestoßen hat. Wir, die Geschlagenen von heute, werden die Sieger von morgen sein.

**Gerhard Müller, Neubrandenburg**

Zum Jahreswechsel übersende ich Euch die herzlichsten Kampfesgrüße. Weiterhin viel Mut und Optimismus. Mein Dank in Form einiger Briefmarken. In Freundschaft und Verbundenheit

**Kurt Wohlrab, Chemnitz**

Liebe „RotFüchse“, danke für die letzten RF-Ausgaben. Sie gehen inzwischen in unserer Gruppe (Ebersberg) rum und stoßen auf reges Interesse. Auf einem unserer nächsten Gruppenabende werden wir uns ausführlich und kollektiv mit dem RF beschäftigen. Aber zwei Fakten sind schon jetzt klar:

1. Wenn es um unsere Sozialismus-Vorstellungen geht - einschließlich der Erfahrungen des Aufbaus und der Ursachen des Zusammenbruchs - sind die Einschätzungen unserer ostdeutschen Genossinnen und Genossen besonders wertvoll.
2. In der Frage „Stärkung der Partei“ spielen die „neuen Bundesländer“ eine besondere Rolle - hier sehe ich unsere größten Möglichkeiten.

Übrigens: Glückwunsch zu den „11 Forderungen ...“ - sie müssen in der gesamten Partei diskutiert werden. Deshalb schreiben wir dazu auch einen Leserbrief an die UZ.

Beigefügt sind einige Ausgaben unseres Informationsblattes „Roter Stern“ - wie Ihr seht, spielen Fragen wie Sozialismus, DDR etc. auch in einer kleinen Wessi-Ortsgruppe eine wichtige Rolle in der Darstellung nach außen. Ein Beitrag für Eure Kosten.

**Manfred Feldmann, Wasserburg (DKP Ebersberg)**

Bei einer so großen Zustimmung zu den im November-„RotFuchs“ veröffentlichten „11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland“ wagt man sich kaum eine kritische Meinung zu äußern. Ich tue es dennoch und hoffe, daß auch meine Auffassung Beachtung findet. Unumstritten ist, daß die DKP spezifische politische Forderungen im Osten Deutschlands stellen muß. (...) Ich halte es jedoch für nicht vertretbar, von einer Politik der Partei in Ost- und Westdeutschland zu sprechen. Die Partei kann m. E. nur eine für das gesamte Territorium des Staates gültige und sich aus dem Parteiprogramm - das uns schon viel zu lange fehlt - sowie aus den konkreten Bedingungen ergebende Politik verfolgen. Ich halte es darüber hinaus nicht für richtig, die Stärkung der Partei „nur über

die Propagierung attraktiver Politikinhalt“ („Wortmeldung nach Duisburg“, RF 34) erreichen zu wollen. Das kann nicht sein. Es geht m. E. vor allem um ehrliche, richtige und wissenschaftlich begründete Politikinhalt, die die Menschen überzeugen. Zu den von der Parteigruppe Berlin Nordost erarbeiteten und zur Diskussion gestellten 11 Forderungen habe ich bezogen auf das Vorgehen und den Inhalt bestimmter Forderungen Fragen, Bedenken und z. T. auch andere Auffassungen. Hinsichtlich des Vorgehens steht das Recht der Parteigruppe zur Unterbreitung eines solchen Diskussionsangebotes außer Zweifel. Die Forderungen jedoch ohne eine gründliche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse im Osten Deutschlands in den letzten 10 Jahren anzubieten, halte ich für fraglich. Daran ändert auch die Ankündigung noch folgender Begründungen nichts. (...) Was den Inhalt der Forderungen betrifft, so sind sie für sich genommen berechtigt, aber nicht in jedem Falle realisierbar und damit zumindest überdenkenswert (s. Forderungen 3, 5, 6 und 7) (...)

Ich bezweifle, daß solche Forderungen, so wünschenswert sie sind, zur Stärkung der Partei führen. Die Menschen werden sehr bald erkennen, daß die gestellten Forderungen nicht verwirklicht werden können. Damit werden wir unglaubwürdig und die Menschen werden sich enttäuscht von uns abwenden. Wir erreichen das Gegenteil von dem, was wir wollten. Es ist folglich notwendig, über das Vorgehen bei der Erarbeitung und den Inhalt der spezifischen Forderungen der DKP für Ostdeutschland nochmals nachzudenken.

**Werner Hellmund, Kletitz**

Zwei konkrete Vorschläge zur Ergänzung der 11 Forderungen, die meine Zustimmung finden. Ich empfehle aufzunehmen: 1) „Übergabe sämtlicher vom FDGB aus Gewerkschaftsgeldern errichteter Ferienobjekte an die jeweiligen DGB-Ortskartelle oder Einzelgewerkschaften zur Gestaltung eines kostengünstigen Urlaubs vor allem für Arbeiter und deren Familien. Zahlung entsprechender Entschädigungen bei erfolgtem Abriß oder Zweckentfremdung“ 2) „Wiederherstellung des erschwinglichen Zugangs der arbeitenden Bevölkerung zu Kultureinrichtungen und -stätten“

Nach meiner Ansicht sticht das Argument, die Forderungen seien unrealistisch, da unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht durchsetzbar, in keiner Weise. Legt man diese Elle an, dann hätte kein einziges programmatisches Dokument der kommunistischen Bewegung - vom Manifest an - seine Berechtigung gehabt. Denn kommunistische Forderungen sind immer ein gegen die Herrschenden gerichtetes Kampfprogramm.

**Waldemar Schmidt, Berlin**

Ich wünsche Euch für das neue Jahr viele gelungene „RotFüchse“, den Mitarbeitern der Redaktion Gesundheit und den nötigen Optimismus. Die Ausgaben vom November und Dezember 2000 haben mir viel gegeben. Anbei Briefmarken im Werte von 30 DM.

**Herbert Spalt, Leipzig**

Kurz vor Weihnachten fiel mir die November-Ausgabe des „RotFuchs“ in die Hände. Schon vom Deckblatt mit den 11 Forderungen war ich begeistert. Ohne Rumeierei werden hier die Zustände beim Namen genannt und die Forderungen deutlich zum Ausdruck gebracht. Diese Zei-

tung spricht mir und nicht nur mir aus dem Herzen. Keine so oft praktizierte Schmuserei und Toleranzfäselei mit der sogenannten Mitte, mit „Sachzwängen“ und derlei neurotischen Lösungswegen. Klassenkampf existiert hier nach wie vor als Klassenkampf und die wirtschaftliche Globalisierung wird klar als die gesteigerte Form des Imperialismus bezeichnet. Ich habe den „RotFuchs“ von Anfang bis Ende regelrecht studiert. Das war ein Gewinn! Diese Zeitung werde ich in unserer Ortsgruppe der PDS an die Mitglieder weitergeben, und ich bin mir sicher, daß es zu wunderbaren Diskussionen kommen wird. Ein paar Bestellungen des „RotFuchs“ wird es garantiert auch geben. Für mich persönlich bitte ich um Zusendung der Dezember-Ausgabe, schon um die Reaktionen auf das November-Heft zu erfahren. Außerdem bitte ich um die Zustellung aller weiteren Ausgaben ab Januar 2001. Da der „RotFuchs“, wie ich erkannt habe, durch Spenden finanziert wird, füge ich einen kleinen Betrag bei.

**Franz Reyer, Oelsnitz**

Die 11 Forderungen der DKP-Gruppe Nordost (RF Nov. 2000) verdienen außerordentliche Beachtung. Dem Aufruf, sich an der Diskussion zu beteiligen, folge ich gern, nachdem ich die Punkte gründlich studiert habe. Mit dieser Aktivität haben sich die Genossen aus Nordost zum gesellschaftspolitischen Motor aktiviert. Diese Thesen geben den Menschen an der Basis Vertrauen, vermitteln das Gefühl der Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern und dürften das Ansehen der DKP stärken. (...) Es bleibt zu hoffen, daß möglichst viele Mitarbeiter des Gesundheitswesens Gelegenheit bekommen, diese Punkte zu lesen.

Die These 7 ist in ihrem Kern richtig und zukunftsweisend. Allerdings wurde hier eine Maximalforderung formuliert, die so rigoros kurzfristig nicht durchsetzbar sein dürfte. Manche Forderungen müssen noch präzisiert, aktualisiert oder abgeändert werden. Zugleich ist jede Verwässerung zu vermeiden - keine leichte Aufgabe!

Ich verheimliche nicht, daß ich als marxistischer Arzt größte Sorgen und Ängste um die Menschen als auch um den weiteren Bestand des Gesundheits- und Sozialwesens in dieser Kapitalgesellschaft habe. Ich will sie bei Gelegenheit konkretisieren. Ich stehe jederzeit solidarisch an Eurer Seite.

**MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas, Berlin**

*Der Redaktion sind weitere Stellungnahmen zugegangen, die wir aus Platzgründen hier nicht bringen können, aber im Rahmen unserer Diskussionstribüne auf der Internetseite des „RotFuchs“ veröffentlichen. Wir bitten um Verständnis. Redaktion*

Immer, wenn der „RotFuchs“ ins Haus kommt, freut man sich. Ein herzliches Dankeschön.

**Dr. Wolf Dieter Gudopp von Behm, Frankfurt/M**

Über den von Dr.-Ing. P. Tichauer übersetzten Artikel bin ich - gelinde gesagt - sehr erstaunt. Was sollen diese „Fragen eines Gutgläubigen“ aus der „Sowjetskaja Rossija“? (...) Inwiefern kann man die Frage stellen: „Warum ist von ihnen nichts zu sehen oder zu hören? ...“ Auch die „Bemerkung“ zu den Wörtern „Russki“ und „Rossijani“ irritiert. Unter „Russki“ verstand und versteht man den „Russen“ als Angehörigen der russischen Nationalität, unter „Rossijani“ den Bürger der RSFSR zu Sowjetzeiten und heute den Bürger der RF. Im

deutschen Sprachgebrauch ist heute wie damals gebräuchlich in beiden Fällen: „Russe“. Die Diskussion „Russe - Russländer“ ist mit dem Beginn der „Perestroika“ in Gang gekommen. (...)

**Eberhard Bock, Berlin**

Ich bedanke mich herzlich für die pünktliche Zusendung. Gruß und Dank auch allen Autoren, die den „RotFuchs“ zu einem lebendigen Kampfblatt gestalten, das unsere ideologische Standhaftigkeit weiterstärkt. Zur Absicherung der Herstellung und des Versandes übermittle ich Euch einen Beitrag von 100 Mark.

**Franz Krzywinski, Dresden**

Anbei wieder ein kleiner Beitrag für den für uns so wichtigen „RotFuchs“. Gutes Gelingen Eurer (und unserer) Bemühungen im neuen Jahr.

**Dr. Hans-Jörg Schneider, Bremen**

Günter und Helga Buschow bringen in ihrem Leserbrief (RF 35) ihre Begeisterung über die 11 Forderungen zum Ausdruck. Leider haben sie ihr UZ-Abo, weil etwas wie diese Forderungen dort nicht zu lesen war, gekündigt. (...) Es ist kein Geheimnis, daß immer noch zu wenige „Osterfahrungen“ in die Partei und die UZ einfließen. Das soll ja jetzt bekanntlich geändert werden. Dafür aber sind die Stärkung unseres Parteiorgans und der DKP unerlässlich. Nur eine gesicherte UZ führt langfristig zu deren Verbesserung. Also, liebe „Ostgenossen“, sendet Artikel an die UZ und laßt uns mit den „Wessis“ nicht allein. Unerlässlich ist die Inangriffnahme einer gemeinsamen Parteiarbeit in dieser Sache. Ich bitte alle Genossen aus der früheren DDR um aktive Teilnahme an Gesprächen mit dem PV, damit dieser Ost-West-Hickhack aufhört und wir uns endlich auf heutige Klassenkämpfe konzentrieren können.

**Manuel Soler Campos, Osnabrück**

Vielen Dank für die Zusendung des „RotFuchs“. Wir wünschen allen Mitarbeitern der Redaktion weiterhin eine erfolgreiche Arbeit und bitten um Zusendung der informativen Zeitung. Anbei ein Beitrag zur Unterstützung Eurer Arbeit.

**Horst und Marianne Jänicke, Berlin**

Mit dem „RotFuchs“ kommt immer wieder Freude auf - weiterhin gute Arbeit!

**Gerhard Griese, Rostock**

Wir wünschen dem „RotFuchs“, seinem Redakteur und den ständigen Mitarbeitern ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr und auch weiterhin viel Kraft im Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit und gegen den aufkommenden Neofaschismus. Als Beitrag für den Erhalt der Zeitung übersenden wir 50 DM.

**Ilse und Dr. Gerhard Geisler, Berlin**

Mehrmals hat mir ein hier wohnhafter Genosse Ihre Zeitschrift „RotFuchs“ überlassen. Ich finde darin viele Fragen besprochen, die heute unbedingt behandelt werden müssen, aber im ND und in der PDS-Parteiarbeit kaum eine Rolle spielen. Ich bestelle hiermit den „RotFuchs“ (...)

**Günter Schmidt, Neubrandenburg**

Kürzlich wurde in der ARD die „Bambi-Verleihung“ übertragen. Herr Zoran Djindjic, der designierte Ministerpräsident Serbiens, erhielt diesen Preis für Politik. Die Laudatio hielt Frau Merkel. Die Dankesrede von Herrn Djindjic war peinlich. Und während er hier in Deutschland für seinen Verrat gefeiert wird und an die potentiellen Geldgeber appelliert, steht vielen Serben ein erbärmlicher Winter bevor. In einem Gedicht schreibt mir

Prof. R. von der „Schule des Friedens“ in Kragujevac: „Das versprochene Paradies wurde zur Hölle, und das Volk schweigt wie alle Herden ...“ und „Keine Sorge, wir werden nicht frieren, wir stehen auf einem heißen Boden.“ Anlaß für seinen Brief ist die Bitte, der „Schule des Friedens“ auch weiterhin Hilfe zu gewähren. Er schreibt: „Glauben Sie mir, es fällt mir wirklich schwer, aber ich denke an die Kinder, denen wir helfen möchten.“

Aufgrund der Ereignisse in Belgrad bin ich im Herbst nicht nach Jugoslawien gefahren. Das will ich jetzt im Frühjahr nachholen.

**Brigitte Dressel, Berlin**

Wieder gibt es Grund, Euch für Eure Arbeit zu danken - die Nr. 34 war erneut „Klasse“: im doppelten Sinn und wegen ihres hohen Niveaus. Dafür mein Weihnachtsgeschenk (Spende) an unseren „RotFuchs“. Ich wünsche Euch ein gesundes, rotes, fuchsiges Jahr 2001!

**OMR Dr. med. Günther Lange, Neuenhagen**

(...) Übrigens habe ich den interessanten Beitrag im jüngsten „RotFuchs“ „Ein unvergeßlicher Nachmittag bei Irmgard Jendretzky“ zum Anlaß genommen, ihr herzliche und solidarische Grüße zu den Festtagen zu übermitteln und als Ausdruck meiner Hochachtung einer unbeugsamen Kommunistin gegenüber mein Buch „Davor - Dabei - Danach“ zu senden. Ich hoffe, ihr damit eine kleine Freude bereitet zu haben.

Meinen Dank für Euer wertvolles, mutmachendes politisches Engagement.

**Hans Fricke, Rostock**

Ich wünsche allen Mitarbeitern des „RotFuchs“ ein gutes neues Jahr mit vielen Erfolgen im antikapitalistischen Kampf. Hütet weiterhin die Lehre von Marx und Lenin, laßt Euch nicht auf den Weg der Anpassung an das herrschende System drängen. Anpasser und Ankömmlinge gibt es schon mehr als genug. Ich bedanke mich für die regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“ und übermittle Euch eine Spende.

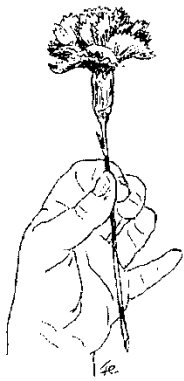
**Dietmar Petzold, Zschorlau**

Als dankbarer Empfänger des „RotFuchs“ sende ich herzliche Grüße zu den Feiertagen. Anbei 20 Mark für weitere Zusendungen. Jedes Exemplar findet mein reges Interesse.

**Karl Pannewitz, Bernau**

In der DDR gab es zwar Fehler, aber wesentliche Vorhaben des Sozialismus wurden verwirklicht. Vor allem: Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wurde abgeschafft. Es gab weder Arbeitslosigkeit noch Mietwucher noch Obdachlosigkeit. Die Angst, von der Bruni Stachinger schreibt, die 11 Forderungen seien auf die Wiedererlangung der DDR gerichtet, geht m. E. wohl eher von den Herrschenden aus, die um ihr Privateigentum an Produktionsmitteln fürchten. Ich muß ihr zustimmen: Auch dem Argument, unser Angebot sei unrealistisch, da im Augenblick nicht durchsetzbar, fehlt die Basis. Es geht ja nicht darum, was im Moment erreicht werden kann, da alles auf die Zukunft gerichtet ist. Aber wenn es nach der herrschenden Klasse ginge, würde es nie eine solche Möglichkeit geben, denn diese ist ja gerade froh, den Arbeiter- und Bauern-Staat mit all seinen andersgearteten Eigentumsverhältnissen und Errungenschaften plattgemacht zu haben. Deshalb bin ich der Meinung, die DKP sollte mit dem Aufwerfen auch der Macht- und Eigentumsfrage nicht ewig warten.

**Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**



Wir grüßen in herzlicher Verbundenheit unsere Geburtstagskinder **Jürgen, Katrin, Knut, Marta und Steffi**. Auch an ihnen - den Menschen zweier Jahrtausende - ist ein weiterer Jahresring nicht vorübergegangen.

Am Sonnabend, dem **24. Februar 2001**, findet um **10.00 Uhr** im Seminarraum 435 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin, eine Podiumsdiskussion mit Genossen **Dr. Robert Steigerwald** statt. Es geht um die Frage, wie eine revolutionäre Partei der Gegenwart beschaffen sein muß. Gesprächsleitung: **Dr. Günter Szalkiewicz**

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:  
08. Januar 2001  
Und der folgenden: 08. Februar 2001



## TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Große konstruktive Aussprache unserer Redaktion  
**mit Freunden und Genossen**

Der „RotFuchs“ lädt für Sonnabend, den 10. Februar 2001, zur 1. Zentralen Leserkonferenz der Zeitung nach Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Blauer Salon, ein.  
Beginn: 10.30 Uhr, voraussichtliches Ende: 16.30 Uhr

### Tagesordnung:

Bericht des Genossen **Kurt Andrä**: Drei Jahre „RotFuchs“ - eine Bilanz  
Referat des Genossen **Dr. Klaus Steiniger**: Was wir wollen  
Diskussion

Für einen kleinen Imbiß ist gesorgt.

Die DKP-Gruppe Berlin Nordost lädt alle Mitglieder und Sympathisanten, Freunde und Interessenten zu einer Veranstaltung am Dienstag, dem **27. Februar 2001**, um **18.00 Uhr** in den Blauen Salon des alten ND-Gebäudes ein.

„Von Krupp und Krause zu Prünzke & Prott“ heißt das Thema des Abends. Der bekannte Schriftsteller und Drehbuchautor **Gerhard Bengsch** liest aus Arbeiten, erzählt und debattiert mit uns. Wir bitten um einen regen Besuch.

### Veranstaltungen des Marx-Engels-Clubs der DKP

7. Februar 2001, 19.00 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1, Raum 306:

Vom II. Welttreffen der Freundschaft und Solidarität mit Cuba in Havanna berichtet sein Teilnehmer **Dr. Hartwig Strohschein**

21. Februar 2001, gleiche Zeit, gleicher Ort: **Prof. Dr. Erich Kundel** spricht über Verlauf, Erfahrungen und Bedeutung der **Pariser Commune**. Anschließend Diskussion



„Privatisierung, Einwanderungsstopp, Legalisierung des Telefonabhörens ... Wir können sagen, daß das, was wir hier lesen, ein faschistisches Programm ist!“

„Aber Patron, Sie sind doch gerade bei der Verlesung Ihres eigenen Programms!“ (aus „Solidaire“)

## IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP, Berlin-Nordost

REDAKTEUR (V.i.S.d.P.)

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel.: (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Länger

### STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,

Eberhard Bock

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Ernst Heinz

Heinz Herresbach

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Frank Mühlefeldt

Armin Neumann

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.